

nach nicht vom Geröll gereinigt. Die Stadt soll veranlaßt werden, die 400 000 RM leicht aufzubringen. Die Stadt möchte dieses Geld aber zum Wohnungsbau verwenden. 40 Wohnungen könnten damit erstellt werden.

Die bisher betrachteten Maßnahmen dürften genügen, den läßt aufgemachten Bericht der Regierung in das rechte Licht zu rufen. Von einer wirklichen Hilfe für die Betroffenen kann gar keine Rede sein. Die Einnahmen, die bis dato aufgebracht wurden, bedeuten für den ungeheuerlichen Schaden soviel wie gar nichts. Aus Spenden des Reiches sind bisher vorhanden 1 970 000 RM, von der Landesversicherungsanstalt 1 000 000 RM, insges. bisher 5,45 Millionen Reichsmark. Dem stehen gegenüber die 14,5 Millionen Mark Schäden. Keiner will aber jetzt helfen. Weder das Reich noch der Staat. Jede Behörde versucht, die Lasten abzuladen. Die notleidenden Gemeinden sollen einen großen Teil der Mittel selbst aufbringen. Den kleinen Geschädigten aber lassen die Schäden nicht einmal in dem Umfange ersetzt werden, daß sie sich notwendig neu einrichten können. Zwei Fragen sind aber überhaupt noch nicht geklärt: der Talsperrenbau und die Eisenbahnfrage.

Ministerialrat Gorgler, der gestern abend einen Vortrag hielt, kündete zwar den Bau einiger Talsperren an, jedoch betonte er scharf, daß die Wirtschaftlichkeit der Talsperren gesichert sein müsse. Dem kapitalistischen Staat gelten Menschenleben weniger als der Profit. Man vergleiche mit diesen Maßnahmen der kapitalistischen Regierung die großzügigen Hunger- und Erdbedenhilfsmassnahmen der russischen Regierung; dann wird man immer wieder feststellen müssen: nur ein proletarischer Staat vermag ausreichende Solidarität zu leisten.

Der neue Mietwucher

Nach der am 1. April durchgeführten Mieterhöhung werden jetzt am 1. Oktober die Mieten neuerdings um 10 v. H. der Friedensmiete erhöht. Diese Steigerung der Mieten wird auch dann weiter fortgesetzt, denn in kurzen Zeitabständen soll auf Grund eines Vortrages des Reichsarbeitsministeriums die 90prozentige Miete allmählich bis auf mindestens 160 Prozent der Friedensmiete hinaufgetrieben werden.

Bei diesen Mieterhöhungen geht es um riesige Beträge. Fünf Milliarden Mark betrug die Gesamtfriedensmiete, eine zehnprozentige Erhöhung beträgt demnach 500 Millionen Mark. In einem Zeitraum von nur sechs Monaten ist also die zweimalige 10prozentige Erhöhung, die Belastung der Mieter um eine ganze Milliarde Mark gestiegen. Sie wird aber in absehbarer Zeit um weitere zwei Milliarden Mark steigen.

Mieter sind die Arbeiter, Angestellten und Beamten, diese werden von den Mieterhöhungen in erster Linie betroffen. Ihre Lebenshaltung wird durch solche gewaltigen Steigerungen der Mieten stark gedrückt. Ein Ausgleich der Mietsteigerungen durch Erhöhung der Löhne und Gehälter, den die Reichsregierung ausdrücklich versprochen hatte, wird aber gewaltig behindert. Im abgelaufenen Halbjahre wurde dieser Ausgleich nicht erreicht. Denn selbst dort, wo Löhne und Gehälter nominell heraufgesetzt wurden, wurde nicht einmal eine Anpassung des Realeinkommens an die stark gestiegenen Ausgaben für Gegenstände des täglichen Verbrauches erzielt.

Die kommenden Mieterhöhungen sollen die Arbeiter wiederum mit einer neuerlichen Kürzung ihres Realeinkommens befallen. Denn Lohnforderungen, die auch nur die neuen Mieterhöhungen wettmachen sollen, drohen die Unternehmer mit dem schärfsten Widerstand zu begegnen. Zu diesem Zwecke verbinden sie sich heute schon zu „Gefahrengemeinschaften“, um so auf Grund eines Antitrust-Bundes auf breiterer Grundlage, mit finanziellen Mitteln bestens ausgerüstet, die Arbeiter bei ihren Versuchen, die neuerliche Senkung ihres Existenzniveaus

Bundestag des Baugewerksbundes

Am Montag ist der Bundestag des Baugewerksbundes an seine eigentliche Arbeit gegangen. Vöplow erstattete einen ergänzenden Bericht über die Tätigkeit des Bundes vorstehend. Danach hat der Bund am 5. September 200 000 Mitglieder gehabt. Vöplow hofft, daß das 3. Quartal mit einem Mitgliederbestand von 400 000 abschließen wird. Die 150 000 davon angekauften Mitglieder sind nach Vöplows Ansicht nur „Mittelglieder“ gewesen. Die Ausführungen Vöplows zur Sozialpolitik und seine Stellung zum bürgerlichen Staat und zur kapitalistischen Wirtschaft hielten sich im Rahmen der vom Sozialdemokratischen Parteitag gegebenen Richtlinien. Der Mieterhöhung sieht Vöplow nicht ablehnend gegenüber, wenn diese Gelder reiblos zum Wohnungsbau verwendet werden. Die Bauhütten sollen auch in Zukunft durch den Bund finanziell und moralisch unterstützt werden. Der neue Reichsstarif hat gute und schlechte Seiten, es dies aber nichts weiter übrig, als ihn anzunehmen. An den Mißerfolgen in der Industriearbeitsfrage sei zum größten Teil der ADGB schuld.

Der „Grundstein“-Redakteur erklärte in seinem Bericht, daß er ungeachtet aller Beschwerden bei der nächsten Reichstagswahl für die SPD Propaganda machen werde.

In der Diskussion bildete die Industriearbeitsfrage den Hauptdiskussionsstoff. Fast alle sozialdemokratischen Redner zogen mit scharfen Worten gegen ADGB vom Leber, weil dieser die Eigenbrödelerei der Berufsverbände unterstützt. Genosse Vesper-Barmen verlas ein Rundschreiben des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, in dem der Hauptvorstand des Steinarbeiterverbandes in unerhöht frecher Art gegen den Baugewerksbund vorgeht. Genosse Dieck-Frankfurt begrüßte den Verbandstag als kommunistisch-organisierten Arbeiter und verwahrte sich dagegen, daß im Geschäftsbericht die kommunistische Partei angegriffen wurde. Die Kommunisten im Baugewerksbund haben in den letzten Jahren vorbildlich für die Organisation gewirkt. Er sei in der Lage nachzuweisen, daß ein einziger Kommunist in kurzer Zeit 50 Neuaufnahmen für den Baugewerksbund gemacht hat. Er ist mit Vöplow einverstanden, daß man politische Macht haben muß, um auf wirtschaftlichem Gebiet vorzustoßen zu können. Aber mit der bürgerlichen Demokratie wird in dieser Richtung nichts zu erreichen sein. Vöplow behauptet, es gäbe keine Wirtschaftsführung, aber fest steht doch, daß die Industrie, Agrar- und Handelskapital die Wirtschaft beherrscht. Deshalb werden auch die Mieterhöhungen nicht so, wie es Vöplow wünscht, für Bauzwecke, sondern im Interesse der kapitalistischen Republik verwendet. Die Bauarbeiter müssen deshalb die Mieterhöhungen ablehnen. Die Rede des „Grundstein“-Redakteurs sei eine glänzende Charakteristik des Zentralitätschwinds. Hoffentlich zieht der Verbandstag die Konsequenzen daraus und macht mit der Zentralitätschwindschleife endgültig Schluss.

Im Kampf um den Industriearbeitsvertrag ist der Verein gescheitert, daß die SPD-Führer der übrigen Bauarbeitergewerkschaften aus heimlichen, egoistischen Motiven gegen den Baugewerksbund antraten. Die Kommunisten dagegen in diesen Verbänden sind für den Anschlag an den Baugewerksbund, die SPD-Leute im Fabrikarbeiterverband und den Berufsverbänden sowie im Vorstand des ADGB begünstigen durch ihre Quertreue gegen die Schaffung von Industriearbeitsverträgen die Kapitalisten. Sie werden somit zu Kapitalistengehilfen.

Ein sozialdemokratischer Delegierter aus Wiesbaden machte die Ausführungen des Genossen Dieck über die Arbeit der Kommunisten bestätigten. Nur arbeiten die Kommunisten im Rheinland und in Berlin nicht so wie in Frankfurt. (Wenn damit die Kaiserleute gemeint sind, genügt

es, darauf hinzuweisen, daß diese aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden. D. B.)

Grachmann (ADGB-Vorstand) verwahrte sich dagegen, daß er als Kapitalist nicht bezeichnet wurde. (Zwischenruf: „Doch!“ u. a.) Er erwartet von den Delegierten Verständnis für die Politik des ADGB. Die Berufsorganisationen, die teilweise eine Tradition von über 50 Jahren haben, können nicht durch eine Handbewegung aus der Welt geschafft werden. Die Verheimlichung in der Nahrungsmittelindustrie zeige, daß es in der Richtung zum Industriearbeitsvertrag normaler Weise geht. Er hofft, daß auch im Baugewerbe in der nächsten Zukunft auf diesem Gebiet Fortschritte zu verzeichnen sein werden. Der Bundestag nahm die Ausführungen Grachmanns ohne jede Zustimmung entgegen. Die Baugewerksbundler haben das Vertrauen zum ADGB verloren.



Hindenburg — auch ein Denimal

Schwarzes Unwetter in der Schweiz

Basel. Noch immer treffen neue Nachrichten über schwere Schäden ein, die das furchtbare Unwetter am Sonnabend und Sonntag angerichtet hat. So wurden auch im Kanton Tessin von Biasca abwärts sämtliche Täler überflutet. Die Gletscherbrüche sind an mehreren Stellen unterbrochen. Jeder Verkehr ist unterbrochen. Besonders kritisch ist die Lage im Nidgeretal. Dort haben große Felsblöcke die Wasser der Moesa abgedrängt. Schwere Artillerie ist dorthin beordert worden, um die gefährdeten Stellen wieder freizumachen. Im Engadin, wo von Celerina bis nach Samaden das ganze Innal unter Wasser gesetzt war, ist jetzt der Verkehr nach St. Moritz wieder aufgenommen worden. Das Hochwasser ist an vielen Stellen im Juridenschen begriffen. In den Alpen läßt sein Sonntag vormittag Schnee. Wie aus Regen gemeldet wird, hat die Regierung von Berarberg ein Kommando des Jägerbataillons aufgegeben, um den in der Nähe der Stadt geborbenen Rheindamm abzubauen. Die Regierung des Fürstentums Vaud hat sich an den schweizerischen Bundesrat mit der Bitte um Hilfeleistung gewandt, darauf hat der Bundesrat eine Sappeurabteilung in das dortige Hochwassergebiet entsandt.

Der Rhein steigt weiter

Koblenz. Vom Oberrhein und seinen Nebenflüssen wird weiteres Steigen gemeldet. Der Mosel ist bei Jagstfeld innerhalb 24 Stunden um zwei Meter und bei Hochingen um 1,32 Meter gestiegen. Auch der Main ist beträchtlich angeschwollen, an seinem Oberlauf durchschnittlich um einen Meter. Ein Steigen der Mosel ist zu befürchten, da in ihrem Quellgebiet erhebliche Niederschläge gefallen sind. Wie amtlich gemeldet wird, muß in Koblenz mit einem Steigen des Wassers auf 4,5 Meter gerechnet werden.

Ueberschwemmungen auch in Berlin

Berlin. Wie die heutigen Morgenblätter berichten, hat das Unwetter, das über den Kanton Graubünden niederging, auch in Berlin gehaucht. Infolge des starken Regens sind alle Flüsse bedeutend gestiegen. In Sondern, dem Hauptort des Berlin, hat der Fluß Havel den Damm durchbrochen und die Brücken der Staatsstraßen weggeschwemmt. Der untere Teil der Stadt ist unter Wasser gesetzt. Das große Gebäude der Provinzialverwaltung und andere Häuser sind infolge des Dammbruchs eingestürzt. Die Bevölkerung von Sondern hat die ganze Nacht im Freien verbracht. Wandrino ist ohne Licht und Trinkwasser. Ferner ist die Alba über die Ufer getreten,

durch Mieterhöhungen und Preissteigerungen abzuwehren, aufs Haupt zu schlagen.

Mieterhöhungen sind jetzt das Hauptmittel der aktuellen Steuerpolitik der Bourgeoisie. Sie sind der Weg zu neuer Steuerbelastung der Massen und zu neuer Steuerentlastung der Besthenden. Ein Teil der Mieterhöhungen fällt nämlich den Ländern und Gemeinden zu, und auf diese Weise müssen ausschließlich die Massen den vermehrten Steuerbedarf der Bourgeoisie durch erhöhte Mieten decken. Gleichzeitig wird ein progressiv sich vergrößernder Anteil der Mieterhöhungen den Hausbesitzern, d. h. den verschiedenen Schichten des Bürgertums vom einfachen Hausbesitzer bis zu den Industriellen und Banken als Hausbesitzern, zugeschlacht und so praktisch eine Senkung ihrer Realbesteuerung durchgeführt.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen unter solchen Umständen auch ihrerseits rasch und energisch an die Organisation ihrer „Gefahrengemeinschaften“ herangehen, um neuen und konzentrierten Angriffen der Bourgeoisie und ihrer Regierung zu begegnen.

und ein Teil des Ortes Ardenna steht unter Wasser. In Matenzon sind mehrere Brücken durch Einsturz vernichtet. In alle Verbindungen unterbrochen sind, läßt sich die Tragweite der Ueberschwemmung noch nicht übersehen. Bis jetzt sind 17 Tote gemeldet.

Ein Arbeiterzug in die Eifel geführt

Trient, 26. September. Im Eijadstal bei Franzensfeste stürzte ein mit einem Ingenieur, einem Eisenbahnteamer und elf Arbeitern besetzter Hilfszug in den Fluß. Nur zwei Personen konnten gerettet werden, während die übrigen darunter der Ingenieur, ertranken. Die Zahl der Toten beläuft sich auf etwa 20, andere Meldungen sprechen sogar von 27 Opfern.

Der Hilfszug, der kurz hinter Franzensfeste bis neben den Eijadfluß entlang fuhr, mußte eine Brücke überqueren, unter der ein Nebenfluß in die Eifel fließt. Die Fundamente dieser Brücke waren durch das Hochwasser anscheinend unterminiert, und als der Hilfszug über sie hinwegfuhr, stürzte die Brücke ein und mit ihr der Zug in den Fluß. Unmittelbar neben der Brücke stand ein Wärterhaus, das ebenfalls mit in die Tiefe gerissen wurde. Während der Bahnwärter und seine Frau sich retten konnten, kamen ihre Kinder um.

Durch den Abbruch des Hilfszuges wurde ein möglicherweise größeres Unglück verhütet, denn bald nach dem Hilfszug kam der Mühner D-Zug an die Unglücksstelle, der sicherlich in die Tiefe gestürzt wäre, wenn nicht die Brücke schon vorher mit dem Hilfszug eingestürzt wäre.

Im einzelnen wird über die Katastrophe noch berichtet: Infolge der starken Regengüsse der letzten Tage schwellt die Eifel getrieben außerordentlich an und überflutete die Eisenbahnstrecke bei Franzensfeste auf der Linie Trient — Brenner. Gegen 9 Uhr abends wurden die telegraphischen und telephonischen Verbindungen durch das Unwetter unterbrochen. Zwischen Trient und Franzensfeste wurde ein Hilfszug mit dem Namen „Trient“ aus entsandt. Schon eine halbe Stunde später traf in Trient die Nachricht ein, daß Lokomotive und Waggons des Hilfszuges in den Fluß gestürzt seien. Heute wurde bereits ein Leichnam ans Land gezogen. Es stellte sich aber heraus, daß es sich um einen Wachtmann handelte, der an den Wehren des Flusses Wache hielt und fortgeschleppt worden war. Von Trient aus sind neue Hilfszüge entsandt worden; die Eisenbahnstrecke ist in der Länge eines halben Kilometers gesperrt.

Die französische Helfkampagne

Paris, 27. Sept. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Rechtspresse legt ihren Feldzug gegen die Sowjetunion fort. Der Temps beschwert sich darüber, daß die Sowjetregierung durch die Veröffentlichung aller von Poincaré geheime gehaltenen und abgelehnten Jahresberichts, die den französischen Kleinrentnern zugute kommen sollen, über die Köpfe der französischen Regierung hinweg an das französische Volk appelliert habe. Die Wirkung dieses Appells ist nicht ausgeblieben. Die Linkspresse des Kleinbürgertums fordert immer heftiger, daß die Poincaré-Regierung statt fauler Ausflüchte das sowjetrussische Angebot klipp und klar beantwortet und sich auf dieser Grundlage mit der Sowjetunion einigt. Die Linkspresse weist darauf hin, daß von den französischen Kleinrentnern die Annahme der sowjetrussischen Vorschläge erwartet werde.

Rußlands Friedenswille

Moskau, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Zemelija sehen auseinander, daß die Sowjetregierung ihr Zahlungsangebot an Frankreich gemacht hat, 1. weil mit ihm die Kreditforderung eng verknüpft ist, 2. weil folgendes eine Rolle gespielt hat: „Die Bestätigung mit einem der Statuten der imperialistischen Regierungen in einer Zeit, wo Sowjetrußland vom Krieg bedroht wird, würde die normalen Beziehungen zu dieser Regierung gewährleisten und ein wichtiges Moment zur Verzögerung der Interventionen gegen die Sowjetunion sein. Jeder Monat, jedes Jahr russischen Friedens, das wir im Kriege gegen uns gewinnen können, verbessert unsere Lage. Deshalb haben wir dieses Angebot trotz der darin enthaltenen schweren Opfer gemacht.“

Demokrat geht nach Sowjetrußland

Berlin, 27. September. (Eig. Drahtbericht.)

Wie die Abendausgabe der Volkslichen Zeitung meldet, hat der frühere Reichsminister Koch, der Führer der Demokraten, eine Reise nach Rußland angetreten, über deren Eindrücke er in der Volkslichen Zeitung berichten wird.

Zusammengeschobenes Nachgericht in Wien

Wien, 26. September. (Eig. Drahtbericht.)

In der Sitzung des Justizausschusses am 23. September mußte der Justizminister Dinghofer eingestehen, daß Arbeiter, die zum Schöffengerichtamt zu den Justizprojekten einberufen waren, nicht einberufen wurden. Dinghofer redete sich dann heraus, daß der Kanzlist schwerhörig gewesen sei.

Vom Tage

Neue Erdölge im Baital-Gebiet

Riga. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind im Baital-Gebiet neue Erdölge entdeckt worden. 14 Häuser sind eingestürzt, 6 schwer beschädigt. Ob Menschen umgekommen sind, ist noch nicht bekannt.

Zehn Tote um Tunnen-Tempeln

Die bürgerliche Presse berichtet: Beim Abhören eines Radioberichtes über den Weltmeisterschaftsboxkampf sind, wie jetzt bekannt wird, in den Vereinigten Staaten zehn Personen, wohl infolge der großen Aufregung, gestorben. Fünf davon wurden bei der Hebermittlung des Berichtes über die siebente Runde, als Dempsey Tunnen zu Boden schlug. Diese Todesfälle stehen mit den wahrscheinlich hohen Werten in ursächlicher Verbindung. Ein Mann, der vor einer Anschlagtafel mit Nachrichten über den Verlauf des Kampfes stand, auf einen der beiden Boxer ausbrach, wurde durch Stöße in den Rücken von den gegnerischen Anhängern lebensgefährlich verletzt.

Dieser Boxkampf, als ein riesiges kapitalistisches Unternehmen ausgezogen, brachte eine Einnahme von 2 800 000 Dollar. Der Sieger Tunnen erhielt eine Million Dollar, Dempsey über 400 000 Dollar. Der bürgerliche Berufsport zeigte in den Begleitumständen des Boxkampfes Tunnen-Tempeln sein schamloses Gesicht.

Reichspolitik und Deutscher Städtetag in Magdeburg

Scharfe Vorstöße der Kommunisten gegen den Bürgerloos-Kurs / Bürgerloos-Kanzler Marx wird ausgepöffelt Die Oberbürgermeister für die Wirtschaftsautonomie

Die siebente Hauptversammlung des Deutschen Städtetages wurde am Freitag den 23. September von dem Oberbürgermeister Boek, Berlin, in der Stadthalle in Magdeburg eröffnet. Nach der üblichen Begrüßungsansprache erteilte er dem eingeladenen Bürgerloos-Kanzler Marx das Wort. Marx wurde mit Jubeln und Pfeifen von der kommunistischen Fraktion empfangen. Nur ein ganz kleiner Teil der Zentrumsfraktion spendete schwachen Beifall. Nach einer Rede, deren Inhaltlosigkeit kaum unterboten werden konnte, erklärte der Besuchsgegner des Volkshausbundes, daß er den übrigen Beratungen mit Interesse folgen und dem Reichspolitiker Bericht erstatten werde. Das eilige Schweigen, sowie die Vorwürfe werden dem Reichspolitiker gezeigt haben, wie selbst die überstehende Mehrheit der Vertreter der deutschen Kommunisten über seine Politik urteilt.

Nach dem Reichspolitiker Marx sprach der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Müller, über „Reichspolitik und Städte“.

Müller wandte sich im ersten Teil seiner Ausführungen etwas gegen den Druck der Wirtschaft auf die Kommunen. Ebenfalls nahm er Stellung gegen die Auflösung des Reichsfinanzpräsidenten, die bei den Auslandsreisen die Wirtschaft gegenüber den Gemeinden bezwinge. Diese Einleitung diente aber nur dazu, um den Eindruck zu erwecken, als kämpfe die Städte gegen die Wirtschaftsautonomie. Seine weiteren Ausführungen bestanden darin, daß er mit den Maßnahmen der Wirtschaftspolitik einverstanden ist. Er forderte ebenso wie die Wirtschaftsdirektoren die stärkere Nationalisierung in den Kommunen. Von der Reichsregierung erwarte er, daß sie mehr als bisher bei der Verteilung der Steuern zugunsten der Kommunen eintritt. Die Arbeiterfeindschaft kam in seinen Ausführungen deutlich zum Ausdruck, als er die drei Hauptgruppen, die die Finanzen betreffen, behandelte. Vor allem bedauerte der Redner die teilweise Aufhebung der Getreidezölle. Diese Maßnahme hätte in den Gemeinden großes Betremden verursacht!

Bei der Haussteuererhöhung wünschte er nur, daß sie in eine bessere Form gebracht werde. Er ist für Beibehaltung dieser die wertvollsten Schichten belastenden Steuer.

Bei dem Bausteuergesetz bemängelte er nur, daß die Gemeinden hier kein besonderes Mitspracherecht besitzen. Er spricht an die Reichsregierung, daß sie diese arbeiterfeindliche Maßnahme bei dem Steuervereinfachungsgesetz genügend berücksichtige. Bei seinen ganzen Ausführungen war implizit immer die Reichsregierung um Hilfe gegen die ungerechten Angriffe der Länder ersucht. So war eine völlige Umänderung an der Politik der Wirtschaftsautonomie und des Bürgerloos. Trotzdem er weiß, daß die Massen in Deutschland in kaum zu übersehender Weise mit Steuern belastet sind, entschloß er sich das Eingekündigte, daß in Amerika alle Einkommen bis zu 10000 Mark steuerfrei sind. Die Sozialdemokratie hat in Deutschland die kommunalistischen Anträge ab, die Steuerfreiheit bis 3000 Mark verlangen. Selbst 1500 Mark hätten den Sozialdemokraten im Preussischen Landtag noch zu viel. Mit dem Beschlusse, daß der heutige Aufbau des Reiches nicht mehr den wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht und deshalb der Aufbau des Reiches unter härterer Anerkennung der Selbstverwaltung der Gemeinden umgestellt werden müsse, schloß er seine Ausführungen.

Nach Dr. Müller sprach der Reichsfinanzminister Kähler. Der Redner begründete den von der Regierung vorgelegten Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes. Rückblickend wies er die gegen die Wirtschaft erhobenen Vorwürfe ab. Er erklärte, daß die Wirtschaft nach mitten im Nationalisierungsprozess stehe. Man müsse sich deshalb noch auf ganz andere Dinge gefaßt machen. Außerdem predigte er, wie alle Finanzminister für Sparmaßnahmen, das heißt die Sparmaßnahme soll nur bei den wertvollsten Massen und bei der Sozialfürsorge durchgeführt werden.

Darüber, wie die Gemeinden die durch die Steuerregelung der Bezahlungsordnung erhöhten Ausgaben aufbringen sollen, sagte er kein Wort.

Die Kritik für den Finanzminister überhaupt nicht zu erfüllen. Er behauptete hiermit das, was wir nach jeder Rede auf der Versammlung sagten, das heißt, die Bezahlungsordnung muß nach dem jetzigen Schema in den Gemeinden zu neuen Steuern und neuer Massenbelastung führen.

Nach der Rede des preussischen Innenministers Gumbel, der sich hier als Verteidiger der Selbstverwaltung aufspielte, wurde in die allgemeine Diskussion eingetreten.

In der Diskussion sprachen die Oberbürgermeister Kober, Köln, Blüher, Dresden, Luppe, Nürnberg, Kauer, Potsdam, Jares, Duisburg. Außerdem sprachen die Vertreter der einzelnen Parteien. Von der SPD sprach Lohmann, Berlin. Entsprechend ihrer politischen Zugehörigkeit gaben sie ihre Zustimmung zu den vom Vorstand des Städtetages vorgelegten Entschlüsse. Die Ausführungen Dr. Müllers, sowie die Reden der Oberbürgermeister stellten nur dahin, daß die Reichsregierung eine kommunalpolitische Abteilung zu schaffen und mit einem besonderen Vertreter des Städtetages zu versehen. Im übrigen ist der Städtetag von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten mit den Grundgedanken der Nationalpolitik, die nur die breiten Massen belastet, einverstanden.

Von der kommunistischen Fraktion sprach der Genosse Reih, Berlin.

Wahler Redner beifolgte die verschwommenen Ausführungen der Versammlung, die glaubten, daß die Worte dazu da sind, die Gehörten zu beruhigen. Rückwärts vertritt der kommunistische Redner die Interessen der wertvollsten Schichten, wie sie sich aus der jetzigen Situation ergeben. Genosse Reih begründete vor allem die von uns vorgelegte Entschlüsse über die Mietpreiserhöhung, die wie folgt lautet:

Entschlüsse

Der Deutsche Städtetag erhebt schärfsten Protest gegen die für die Massen der Minderbemittelten absolut untragbaren Mietpreiserhöhungen. Der Städtetag ersucht die Reichsregierung und den Reichstag, die für den 1. Oktober dieses Jahres beabsichtigte Mietpreiserhöhung von 10 Prozent nicht Kraft treten zu lassen. Der Reichstag solle vielmehr veranlassen, daß die Mieten für alle Wohnungen die Mietbesitzer nicht übersteigen und ferner in außerordentlichem Umfange Mittel zum Bau von Kleinwohnungen den Gemeinden zur Verfügung stellen.

Die Haussteuer belastet ausschließlich die Massen der Minderbemittelten Bevölkerungsschichten. Der Reichstag wolle daher die Haussteuer anheben und die Mieten durch Reichsgesetz um den entsprechenden Betrag herabsetzen.

Die kommunistische Gruppe des Deutschen Städtetages.

Den weiteren beifolgte der Genosse Reih die Vorstöße des Reichsbürgerloos und der Kulturreaktion. Hier hätte die Fraktion folgenden Entschlüsse-Antrag eingebracht:

Entschlüsse zum Reichshaussteuergesetz

Der von der Reichsregierung vorgelegte Reichshaussteuergesetz macht die Staatslasten zur Kirchenlast, die Lehrer in Kirchenbüchern, schlägt voll ausgebaute Schulen in

Zweigschulen und überläßt den breiten Massen der Steuerzahler, besonders in den Gemeinden, neue Millionenlasten auf.

Der Deutsche Städtetag fordert deshalb:

1. Von der Reichsregierung die Zurückziehung des vorgelegten Reichshaussteuergesetzes;
2. von dem Reichstag die Aufhebung der Artikel 148 Absatz 2 und 149 der Reichsverfassung;
3. von Reichstag und Reichsregierung ein Schulgesetz, das die Einheitssteuer und volle Weltlichkeit des gesamten Schulwesens durchführt.

Die kommunistische Gruppe des Deutschen Städtetages.

Die Stellung der Kommunisten zu dem Steuervereinfachungsgesetz kam in einer hierfür besonders geschichtlichen Entscheidung zum Ausdruck:

Entschlüsse

Der Deutsche Städtetag erklärt:

Das im Entwurf der Reichsregierung vorgelegte Steuervereinfachungsgesetz bildet in seinen Ausführungen eine schwere Gefahr für die Gehaltung der Gemeindefinanzen.

Die Rahmengesetzesentwürfe lassen deutlich zwei Tendenzen in der Vordergrund treten:

1. Die Gemeinden sollen durch Androhung eines verhängten Eingetretens der Aufsichtsbehörden gezwungen werden, ihre Realvermögen auszubauen.
2. Die ihnen irgendwelche erhöhte Zuwendungen aus den Reichskassen nicht zur Verfügung gestellt werden, muß dies dazu führen, daß die zur Durchführung der sozialen Aufgaben der Gemeinde zur Verfügung stehenden Mittel in unerträglicher Weise herabgesetzt werden. Eine weitere Einschränkung der bisher schon nur in unangenehmer Weise in Angriff genommenen sozialen Aufgaben muß eine weitere Verteilung der minderbemittelten Schichten und einen unauferbringbaren Schaden an der Volksgesundheit zur Folge haben.

Die Gelehrtenkreise wollen den Gemeinden jede Möglichkeit nehmen, durch Staffeln irgendwelcher Art die Belastung auf wirtschaftlich unglückliche Schichten zu legen.

§ 9 Ziffer 2 des Grundsteuer-Nahmengesetzes;

§ 20 Ziffer 1 des Gemeindeförder-Nahmengesetzes.

Durch diese Tendenzen, die Belastung der Volkswirtschaft durch Kommunalvermögen unter allen Umständen zu verhindern, wird den Gemeinden die Erhebung kommunaler Steuern von Personen über Körperlichkeiten, deren Vermögens- und Einkommensverhältnisse eine besondere Belastung durchaus tragbar erscheinen lassen, völlig unmöglich gemacht.

Dagegen wird durch das Steuervereinfachungsgesetz die juristische Grundlage für die Gewährung des Zuschlagsrechtes zur Einkommensteuer geschaffen. Gerade diese Art der Mittelbeschaffung erscheint jedoch bei der geradezu unerträglichen Belastung der arbeitenden Schichten als die unzulässigste.

Der Deutsche Städtetag erhebt daher den Reichstag aus den vorstehend genannten Gründen, den vorliegenden Entwürfen der Reichsregierung zum Steuervereinfachungsgesetz die Genehmigung zu verweigern.

Der Deutsche Städtetag fordert dagegen für die Gemeinden das Recht:

1. alle kommunalen Steuer zu Kasse a) nach dem Vermögen, b) nach dem Einkommen;
2. das Recht zur Erhebung kommunaler Beiträge.

Die kommunistische Gruppe des Deutschen Städtetages.

Das Werk der Polizei

So wurden im „roten“ Wien die Arbeiter niedergemetzelt

In der letzten Sitzung des Justizausschusses brachte Abgeordneter Wieser offenbar aus den dem Gemeindevorstand mitgeteilten Tatsachen einige Fälle zur Verfügung, die uns die Vorkämpfer der Wiener Polizei am 15. und 16. Juli wieder ins Gedächtnis rufen. Diese beispiellosen Arbeitermorde muß sich jeder Protestler ins Gedächtnis prägen mit dem Vorwort: Nicht vergessen!

Der erste Fall ist der Mordmordanschlag des Wachmanns Nr. 801. Der Wachmann hat vor dem Justizpalast auf einen Mann, der ruhig auf dem Stegengelände stand, und ihm den Rücken zugekehrt, mit einem Revolver geschossen.

Für diesen Fall sollte für alle folgenden Fälle werden Zeugen angefordert.

In einem zweiten Fall hat ein Kommissar auf der Ringstraße, die in diesem Moment menschenleer war, auf einem auf Boden liegenden Verwundeten geschossen und ihm den Schädel zertrümmert. In einem dritten Fall wurde auf der Volkststraße vor dem Planetarium, während diese Straße menschenleer war.

auf einen Verwundeten von einem Wachmann aus dem Karabiner geschossen und der Verwundete getötet.

Während einer Schießerei in der Bartensteingasse kückten sich drei Leute hinter einen Schrotterhaken in der Stationstraße und der Bartensteingasse. Einer dieser drei erhob sich plötzlich, schraubte seinen Kopf von sich und bereitete die Arme mit den Worten aus:

„Schlagt auf mich!“ Darauf gab der Polizeileute tatsächlich eine Salve auf den Mann ab. Er stürzte, von einigen Schüssen getroffen, tot zusammen.

In dem gegen die Lichterfahrgasse geleiteten Hof des Rathauses war ein Samartierplatz eingerichtet. Im Hof und im Gang lagen und standen Verwundete, Besetzte und Sanitätsmannschaften. Eine große rote-Kreuz-Küche kennzeichnete diese Stelle als Sanitätsplatz. Zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags marschierte eine Polizeieinheit vor dem geschlossenen Tore auf und nahm mit gefülltem Gewehr Front gegen die Sanitätsstation. Obwohl von der Möglichkeit eines tödlichen Angriffs gegen die Wache wachen des geschlossenen Tores keine Rede war, gab die Wache, nachdem die Aufstellung genommen hatte, eine Salve und nach wenigen Augenblicke eine zweite Salve und dann eine Reihe Einzelschüsse auf den Sanitätsplatz ab.

Einem Verwundeten wurde die Hantel weggerissen. Einem älteren Mann wurde die Brust durchschossen. Einem anderen wurde das linke Auge herausgeschossen.

Bekanntes trag ist der Fall des Ordners Gopalez, der am 15. Juli vor dem Justizpalast Dienst machte. Er befreite einen Wachmann aus der Wache, kückte ihn und geleitete ihn zum Wachposten.

Kaum hatte er aber der Wache den Rücken gefaßt, als ein Wachmann aus der Schwarmlinie gegen ihn das Gewehr anlegte und ihn niederstieß.

Zwei schwer verwundete Frauen, die in einem offenen Auto über die Ringstraße gefahren wurden, wurden in der Nähe des Planetariums am Freitag nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr von einer Polizeieinheit, obwohl die Straße zu dieser Zeit menschenleer war, unter Feuer genommen.

Ein Schuß schloß eine Frau am Kopf und tötete sie. Die anderen Schüsse verwundeten zwei Samariter.

Die Ausführungen des kommunistischen Redners waren der honesten Versammlung, die sich in der Mehrheit längst zu den gefüllten Reichstagen lehnte, höchst unangenehm. Von allen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, ließen die übliche Schlußanträge ein.

In kurzen und wuchtigen Ausführungen trat der kommunistische Redner Gabel, Dresden den Abwärtigungsoberleuten der reaktionären Einheitsfront entgegen. Er beantragte die Weitertragung und verlangte, daß der Städtetag nicht nur eine Parade- und Vergeltungslage darstellte. Seine Ausführungen wurden von den Kommunisten mit höchstem Beifall aufgenommen. Gegen die Stimmen der Kommunisten stimmte der Städtetag für den eingereichten Schlußantrag. Dem Vorstand des Präsidiums, die kommunistischen Anträge dem Vorstand zu überweisen, wurde von der kommunistischen Fraktion widersprochen. Die Kommunisten verlangten eine Abstimmung über die sofortige Entscheidung. Gegen eine solche Abstimmung wurden sämtliche Anträge und die Erklärungen dem Vorstand als Material überwiesen. Die Deutschnationalen boten eine besondere Erklärung zu den Tagesordnungspunkten ein, die sich bei der Abstimmung über die Entschlüsse des Vorstandes der Stimme enthalten.

Nach Annahme der Vorstandsentschließung und einer demagogischen Kundgebung für die Räumung des besetzten Gebietes wurde der Städtetag geschlossen.

Zu der Rheinlandschuldung des Städtetages haben die Kommunisten eine besondere schriftliche Erklärung abgegeben.

Erklärung

Die kommunistische Fraktion des Deutschen Städtetages fordert die sofortige Räumung der noch von Entente-Truppen besetzten Gebiete. Wir fordern diese Räumung aber nicht auf Grund des Versailleser Friedensvertrages und der in Locarno getroffenen Vereinbarungen, sondern mit selbstverständlichem Recht der gesamten Bevölkerung der besetzten Gebiete.

Die kommunistische Fraktion lehnt jedoch die vom Vorstand des Deutschen Städtetages vorgelegte Entschlüsse ab. Wir kritisieren den bürgerlichen Vertretern das Recht ab, im Namen der arbeitenden Bevölkerung eine solche Entschlüsse einzubringen, da gerade sie mit der Kriegsschuld und ihren Folgen belastet sind. Die Bourgeoisie hat sich sogar nicht geschämt, die Hilfe der Weltbevölkerung gegen hungernde und streikende deutsche Arbeiter anzurufen.

Aus den gleichen Gründen fordert die kommunistische Fraktion die Freigabe des Saargebietes und sofortige Wiedervereinigung mit dem Reich. Die kommunistische Fraktion erhebt schärfsten Protest gegen die Völkerbundregierung des Saargebietes, die angucken des internationalen Unternehmertums in die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse eingreift.

Nach der Verlauf der siebenten Tagung des Deutschen Städtetages hat bewiesen, daß in den Kommunen die Interessen der Wertvollsten nur von den Kommunisten in wirklichem Sinne vertreten werden. Alle diese Tagungen zeigen, daß die heutigen Parliamente für die Wertvollsten nur dazu da sind, die Wohlhabenden des Finanz-, Agrar- und Industriekapitals zu verteidigen.

Während der Tagung traf die Nachricht von dem Flugzeugunfall bei Schütz ein. Der Städtetag erhebt die Beurlaubten durch Erheben von den Plätzen. Der Vorhänge gehobte dabei der Verdacht des Volkshaus v. Walthaus, die er sich besonders in den letzten Jahren erworben hat.

Am 15. Juli, nachmittags um 3 Uhr, passierte eine junger Mann die Vertheimelstraße, Ecke Laßbergstraße. Als er etwa 30 Schritte von der dort aufgestellten Volkstruppe entfernt war, legte ein Wachmann auf ihn an und schloß. Der junge Mann brach mit durchschossener Schläfe tot zusammen.

Am Nachmittag des 15. Juli ging Rudolf Kreuzer mit seiner Frau über die Ringstraße in der Richtung des Schiller-Denkmal. Die Straße war völlig ruhig, es gab nur harmlose Spaziergänger. Da sie in der Nähe des Schiller-Denkmal eine Salve. Die beiden liefen gegen die Opfer. Dort fiel eine zweite Salve. Ein Schuß traf den Hals der Frau, verletz die Wirbelsäule und bewirkte eine allgemeine Lähmung.

Am 16. Juli um 9 Uhr abends fanden in der Hütteldorfer Straße kleinere Menschengruppen, die über die Ereignisse des Vortages sprachen. Plötzlich fuhr in voller Fahrt zwei Mannschützenautos der Polizei die Straße hinauf. Als das zweite Polizeiauto passierte, gaben die Polizisten aus dem fahrenden Auto eine Salve ab.

Der 17jährige Lehrling Schwarzer brach mit fünfzehn Kopfloerzungen tot zusammen. Der Vertreter Müller bekam einen Schuß in den Unterleib.

Während der Schießerei vor dem Justizpalast hatte ein einzelner Mann hinter dem Einengraber-Denkmal Deckung gesucht. Ein Wachmann auf der Ecke des Parlaments

nahm den Mann ans Korn und brachte ihn mit drei wohlgezielten Schüssen nieder.

Gegen 4 Uhr nachmittags eröffnete die Polizei gegen das Café Reichardt, wo eine Sanitätsstation untergebracht war, das Feuer. Ein Sanitätsgehilfe erhielt einen Bauchschuß.

Ein Verwundeter, der sich am Schweg vor dem Justizpalast auf allen vieren kriechend fortgeschleppt, wurde von mehreren Polizisten in linien Stellung durch Schüsse niedergelacht.

Am 15. Juli, um 2 Uhr nachmittags, lag ein alter Mann auf einer Bank im Schmetzingpark. Eine Polizeipatrouille gab auf diesen Mann eine Salve ab. Er brach mit einem Schuß auf der linken Rückenleiste zusammen. Sechs Leute kückten herbei und wollten ihn aufheben. Darauf eröffnete die Polizei auf vier Leuten ein Feuer. Alle sechs wurden schwer verletzt.

Am Samstag nachmittags fuhr ein Polizeiauto durch die Kuffelgasse. Die Polizisten sprangen heraus und begannen auf die Menschen mit dem Gewehrfolben einzuschlagen. Eine Frau namens Katharina Polzora, erhielt einen Gewehrfolben auf den Kopf und brach demütlos zusammen. Freitag um 17.30 Uhr eröffnete eine Schwarmlinie in der Rabenberger Straße, ohne jeden Grund ein Salvenfeuer gegen die Rahlstege. Ein Mann blieb tot, mehrere schwer verletzt liegen.

Der Einheimische Raucher kam am selben Tage etwa um 14 Uhr auf die Volkststraße. Da fiel eine Salve. Er fiel, stolperte und stürzte zu Boden. Ein Polizist lagte in einer Distanz von 2 Meter auf ihn an da aber das Gewehr verlor, holte der Polizist mit dem Gewehrfolben aus und ließ auf den Kopf des am Boden liegenden Mannes ein.

Alle diese aufgeführten Fälle sind durch Zeugenaussagen belegt.

Nach anstandslos solcher unerbittlicher Morde magt man es, den Wählern einzureden: Wir sind auf die Demokratie anzuziele!" (Arbeiter-Zeitung 18. September.)

27. September 1922: Revolutionäre Unruhen im armenischen Gebiet. Abkündigung König Konstantin zugunsten seines Sohnes Georg. — 1914: Benito „Mussolini zum Kaiser“ auf der italienisch-schweizerischen Sozialistenkonferenz vorgelegt. — 1789: Einführung der Zensur in Russland durch Paul I.

Zündhölzer, Zündholzpreise und Genossenschaft

Wir wiesen vor einiger Zeit darauf hin, daß die deutsche Zündholzindustrie sich in einem Verkaufskampfe zusammengeschlossen hat und daß es diesem Syndikat gelungen ist, den größten Teil der deutschen Zündholzindustrie in die Hände zu bekommen. In diesem Artikel wurde weiter darauf hingewiesen, daß das Syndikat seine Tätigkeit damit begann, die Preise erheblich herabzusetzen. Nun sollen nach einer Mitteilung des Aufsichtsrates der Deutschen Zündholzerzeugungs-Gesellschaft in Zukunft nur noch zwei Marken von Zündhölzern geliefert werden. Die eine Marke, die für die breiten Schichten bestimmt ist, soll die Bezeichnung „Konsumtreuhölzer“ erhalten und nicht mehr als 25 Pf. je Paket kosten. Dann soll noch eine Qualitätsmarke herausgegeben werden, die für den Preis von 35 Pf. je Paket zu haben ist. Daraus wird vielfach geschlossen, daß mit dieser Maßnahme eine schwere Schädigung des Verbrauchers verbunden ist, der er kaum entgegen könnte.

Die Großkaufgesellschaft Deutscher Konsumvereine gibt demgegenüber bekannt, daß sie zwei auf das vollkommenste ausgestattete Zündholzfabriken besitzt, die etwa 10 Prozent des gesamten deutschen Zündholzverbrauchs produzieren. Auf die in diesen Fabriken hergestellten Zündhölzer findet die von dem Zündholzsyndikat in Aussicht genommene Qualitäts- und Preisregulierung keine Anwendung.

Die Ergebnisse der genossenschaftlichen Zündholzfabriken, die der besten Qualität entsprechen, werden nach wie vor unter der Marke „GG“ in den Verteilungsstellen der Konsumvereine zum bisherigen Preise abgegeben. Die Verbraucher, die der in Aussicht gestellten Preisregulierung entgegen wollen, brauchen also nur ihren Bedarf in den Konsumvereinen zu decken. Die von der GG den Konsumvereinen zur Abgabe an ihre Mitglieder zur Verfügung gestellten Zündhölzer können jederzeit die Konkurrenz mit den sogenannten „Konsumtreuhölzern“ aushalten.

Gegen Reudells schwarzen Entwurf

Gliederversammlung der 52. Volksschule

Die Lehrerschaft unserer Schule rief am 24. September die Elternschaft zu einer Versammlung mit dem Thema: „Reichs- schulekündigung“ auf. Der Referent, Herr Lehrer Krüger, wies die ihm gestellte Aufgabe in so geschickter und sachlicher Weise, daß den Versammelten das Kulturpolitische des Gelehrtenwerkes klar vor Augen stand. Aus dem Vortrag war deutlich zu erkennen, daß eben doch nur die allgemeine Staatschule, die ist, ohne Rücksicht auf Befähigungs- und Weltanschauungen, die Erziehung zu tüchtigen Menschen zur Aufgabe macht, diejenige ist, die einen Fortschritt sichern würde.

Wenn auch der Leiter der Versammlung, der diesmal eigentümlicherweise nicht der Schulleiter war, darauf hinwies, daß laut ministerieller Verfügung Entschließungen und Resolutionen nicht gefaßt werden dürfen, so brachte die Versammlung durch starken Beifall doch die volle Uebereinstimmung mit dem Referenten zum Ausdruck.

Die Debatte wurde nur von weltlicher Seite im Sinne des Referenten geführt. Besonders als erfreulich wurde hier betont, daß die Lehrerschaft genannter Schule durch Einberufen einer solchen Versammlung und so zeigt, daß sie mit Mehrheit diesen Entwurf ablehnt. Erfreulich auch deshalb, weil sich bis dato im Lehrerkollegium noch nie eine Lehrkraft offiziell zu den Prinzipien der Weltlichkeit des Unterrichts bekannte, vielmehr immer die Zufriedenheit von kirchlicher Seite mit diesem Kollegium festzustellen war. Das Schweigen der kirchlichen Elternschaft, sowie der Lehrerschaft kann nur als Anerkennung des Vorgetragenen gedeutet werden.

Proletarischer Abend der Freidenker

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Ortsgruppe Dresden-Friedrichstadt des Verbandes für Freidenkerei und Feuerbestattung, E. V., Berlin, veranstaltete einen proletarischen Abend, über den Beachtenswertes zu sagen ist. Es kommt weniger darauf an, die außerordentlich guten Darstellungen des einzelnen herauszukeimen, als vielmehr darauf, zu zeigen, mit wie wenig Mitteln eine genussreiche und zugleich frohe Freidenker-Feststunde geschaffen werden kann. Bei Veranstaltungen solcher Art zeigt sich immer wieder mit aller Deutlichkeit, daß wir neben der kulturellen, im höchsten Maße feinesinnigen, im Gegenteil, wir müssen besonders Wert darauf legen, unseren Genossen und Gesinnungsgenossen praktisch zu zeigen, wie wir unsere Freizeit zu einer proletarischen Feststunde machen können. In unserer Gruppenarbeit behandeln wir nur theoretisch kulturelle Aufgaben und Ziele, eine gut ausgestattete Freidenker-Feststunde ist ein Stück praktischer Kulturarbeit. Es ist eine sehr dankbare Kulturarbeit, das Proletariat abzuhalten von Rausch und leichtem Humor der Großstadt-Bergabteilungen. Man muß aber auch dem am kleinsten Bande oder in sonstiger harten Ironie tagüber vermühten Menschengeist aufwarten mit einer wirklichen Erholung. Der Abend muß künstlerisch so gehalten sein, daß es möglich ist, einen jeden mit fortzureißen und seinen ermüdeten Gedanken neue Schwungkraft zu verleihen, und das war bei unserem proletarischen Abend der Fall. Lehrer Schille verstand es prächtig, durch seine humorvolle Vortragweise in oberflächlicher Mundart die Gemüter hineinzuversetzen in seine Erzählungen. Eine wohlwollende Stimmung herrschte, als sich der Vortragende ans Klavier setzte und klassische Weisen mit seiner schönen wosllingenden Stimme begleitete. Zwischen durch spielte der Mandolinencorps Rigoletto und eine Jugendarbeit brachte einige gut vorgetragene Regitationen. Alle Inten ihrer Beise und so klang der Abend in proletarischer Gemeinlichkeit aus.

Aus der Praxis der deutschen Sozialversicherung

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse sendet uns folgende Berichtigung: In Nr. 206 der Arbeiterstimme, welche am 8. September 1927 erschien, brachten Sie einen mit „Aus der Praxis der deutschen Sozialversicherung“ überschriebenen Artikel, in dem behauptet wird, daß die unterzeichnete Krankenkasse einem Beitragling die Ausstellung des Aufnahmebescheines für ein Krankenhauseingetretene habe mit der Begründung, daß die Kasse für die Leihlinge Krankenhausbearbeitung nur übernimmt, wenn Lebensgefahr vorliegt. Diese Behauptung ist ebenso unrichtig wie die weiter in dem Artikel gegebene Darstellung des Falles.

Wahr ist vielmehr folgender Sachverhalt:
Am 30. vorigen Monats erschienen gegen 14.30 Uhr der Beitragling W. mit seiner Mutter und gab an, daß für die An-

Polizei und Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Von W. Kasper

Am 1. Oktober tritt das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Kraft. Von diesem Zeitpunkt ab wird die sogenannte Bekämpfung der Prostitution auf eine völlig neue rechtliche Grundlage gestellt, durch die naturgemäß auch der Polizei ganzlich andere Aufgaben als bisher zugewiesen werden. Die Durchführung des Gesetzes in seinen Einzelheiten ist den Ländern übertragen. Es müßten daher auch für die Polizeiorgane entsprechende, von den Ländern erlassene Ausführungsbestimmungen vorhanden sein. Dies um so mehr, weil tatsächlich in allen Polizeidistrikten eine große Unsicherheit und die widerstreitendsten Meinungsverschiedenheiten dieser Frage gegenüber vorhanden sind.

Die Regierungen haben bisher nichts getan, um die Befugnisse der Polizeiorgane bei der Durchführung dieses Gesetzes klar und eindeutig in allen Einzelheiten festzulegen, so daß der willkürlichen Auslegung und Handhabung Tür und Tor geöffnet ist. Tak ein solcher Zustand zu diesen Mißgriffen und allerlei Schikanierungen führen muß, wird niemand bestreiten können.

Nach dem neuen Gesetz ist die gewerbmäßig betriebene Unzucht als solche und die Uebertretung polizeilicher Kontrollvorschriften nicht mehr strafbar, sondern vielmehr nur gewisse Taten (zum Beispiel Unzucht) oder „die Deffinitivität schädigende oder verletzende Erscheinungen und Auswirkungen der Unzucht von Männern und Frauen“. Was darunter verstanden wird, läßt das Gesetz offen.

Theoretisch stellt sich der Gesetzgeber auf den Standpunkt, daß die Lösung der Prostituiertenfrage in erster Linie hygienischer und pflanzlicher Maßnahmen bedürfe, und daß die Polizei bei der Durchführung derselben lediglich unterstützende Tätigkeit auszuüben habe. Nach §§ 3 und 4 Absatz 2 des Gesetzes ist das Eingreifen der Polizei nur insofern zulässig, als andere Stellen (Gesundheits-, Jugend- oder Pflanzamt) ihre Hilfe in Anspruch nehmen.

Tatsächlich aber werden jedoch die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 und die des Allgemeinen Landrechtes durch das neue Gesetz nicht berührt, so daß nach wie vor die Mög-

lichkeit der polizeilichen Verwahrung (Schuhhaft) für Jugendliche und hilflose Personen bestehen bleibt. Aber auch die Bestimmungen der §§ 16.1, 16.3 und 16.4 des neuen Gesetzes geben der Polizei das Recht, von sich aus nach ihrer rechtlichen Gesichtspunkte Zeitstellungen zu machen. Hier liegt also ein Widerspruch zwischen Theorie und Praxis; der angeblich „moderne Geist“ des Gesetzes wird durch mittelalterliche Polizeivorschriften ins Gegenteil verkehrt.

Somit mir bekannt ist, wird in Polizeikreisen einheitlich die Auffassung vertreten, daß zur Durchführung der §§ 16.3 und 16.4 ergebenden Aufgaben Polizeistreifen in Straßen und Lokalen zur Feststellung von Verionen, die in einer „Sitte und Anstand verletzenden Weise oder gewohnheitsmäßig zum Zwecke des Erwerbens in der Nähe von Kirchen, Schulen usw. der Unzucht nachgehen, nicht entbehrt werden können. Hierbei drängt sich nun die Frage auf: wer soll diese Streifen ausführen? Etwa die Beamten der bisherigen Sittenpolizei? Diese Frage aufzuwerfen, heißt sie sofort zu verneinen, weil man eine ganz neu orientierte Prostitutionsbekämpfung nicht mit den alten reaktionären Sittenmethoden und -beamten durchführen kann. Andere entsprechend ausgebildete Beamte und der Wille dazu sind nicht vorhanden, so daß auf diesem Gebiet, das kann man mit Fug und Recht behaupten, trotz der Verbrennung des Firmenschildes, trotz des „neuen, modernen“ Gesetzes alles beim Alten bleiben wird. Auch die von dem Sozialdemokraten als Mittelmaß für die fortschrittliche Durchführung des Gesetzes so eifrig propagierte „weibliche Polizei“ kann und wird an dieser Aufgabe nicht das geringste ändern, zumal ja auch den weiblichen Jugend- und Sittenwächtern als Hauptwaffe zur Bekämpfung der Prostitution der Gummirollen in die Hand gedrückt werden soll. Das „Volk“ wird hier wieder einmal Betrugsoffert einer angeblich „heilig-republikanisch-demokratischen Gesetzgebung“. Verkaufende kapitalistische Gesellschaft auch unter republikanischer Umtrappe ist nicht imstande, das Problem der Prostitution wirklich zu lösen. Das wird nur möglich in der Gesellschaft, deren Basis die sozialistische Wirtschaftsordnung ist.

Die A-J-Z morgen neu!

Kassüberweisungen bestehende Dienststelle der Kasse an, der wegen Operation eines Abzesses am linken Handballen von dem Facharzt für Chirurgie, Herrn Dr. med. Krüger, in das Stadtkrankenhaus Johannstadt verwiesen worden ist. Von dem Bestehen einer Blutvergiftung war auf dem Krankenschein nichts vermerkt.

Da Ende August die städtischen Krankenhäuser überfüllt waren und deswegen von deren Inspektionen der Kasse mitgeteilt worden war, daß Aufnahmen nur in dringenden Fällen erfolgen könnten, wurde W. befragt, ob sein Fall dringlich sei. Er oder seine Mutter antworteten darauf, daß nach ihrer Ansicht eine Krankenhausbearbeitung gar nicht nötig sei, und da W. nicht viel Lust zeigte, in ein Krankenhaus zu gehen, wurde ihm bedeutet, daß er sich auch durch den im Verwaltungsgebäude tätigen Chirurgen, Herrn Dr. med. Schmidt, behandeln lassen könne und zu diesem Zwecke am nächsten Morgen wiederkommen sollte. W. ist aber dabei ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß wenn die Hand sich inzwischen verschlimmern sollte, er sich ohne weiteres in einem Krankenhaus aufnehmen lassen soll, wozu eine Einweisungserlaubnis der Kasse durchaus nicht unbedingt notwendig sei. Von einer Verweigerung der Ausstellung einer Einweisungserlaubnis für das Krankenhaus oder davon, daß die Kasse für Verhelfung bei der Lebensgefahr die Krankenhausbetten übernehme, ist bei der Verhandlung nicht die Rede gewesen. Dies geht auch daraus hervor, daß als am nächsten Tage der Bruder des Patienten die Aufnahme W.'s in die Klinik des Herrn San.-Rat Dr. Schanz mittelst ersterem anstandslos ein Anerkenntnis für die vollen Klinikkosten ausgehändigt worden ist.

Im übrigen sind die Kranken hinreichend dadurch geschützt, daß nach Anweisung der Stadtverwaltung alle in den städtischen Krankenanstalten Aufzunehmenden in dringlichen Fällen unverzüglich und unabhängig von der Frage der Kostenübernahme durch eine Krankenkasse oder andere dazu Verpflichtete aufgenommen sind.

Anmeldung von Schulpflichtigen. Es ist bekannt, daß trotz Ablaufs der bis 2. September 1927 gestellten Frist zur Anmeldung der Eltern 1928 schulpflichtig werden Kinder noch eine große Anzahl Eltern ihre Kinder nicht angemeldet haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Anmeldung unverzüglich nachzuholen ist und daß Kinder, die zu spät angemeldet werden, mit Umhüllung in einen anderen Schulbezirk rechnen müssen.

Küchlein Dresdener Kinder. Die zur Erholung in Niederdeutsch untergebrachten Kinder treffen Mittwoch den 28. September 1927 Uhr ein. Die zur Erholung in Darkehmen (Schlesien) untergebrachten Kinder treffen ein Mittwoch den 29. September 1927 Uhr. Die Angehörigen werden ersucht, die Kinder zu der genannten Zeit auf dem Dresdener Hauptbahnhof abzuholen.

Der Abendunterricht in der Stadt, Mädchen-Gewerbe- und Handelsschule, Festplatzstraße 8, beginnt am 10. Oktober 1927. Frauen und Mädchen, die am Unterricht im Schneidern und Weißnähen mit Schnittzeichnen, Färbemachen, Ausheften und Stopfen und Kunststopfen, Sticken und feinen Handarbeiten, Englisch, Französisch oder Kurzschrift teilnehmen wollen, finden noch Aufnahme. Anmeldungen in der Schule, Zimmer 10, 1. Stockwerk der Direktorin; Montag, Dienstag, Mittwoch von 10 bis 11 Uhr, und Freitag von 18 bis 19 Uhr.

„Deutsche Volksschau“-Ausstellung Dresden 1928. Das Präsidium der Deutschen Volksschau-Ausstellung hat in seiner letzten Sitzung das vorliegende Programm endgültig zum Beschluß erhoben. Danach gliedert sich diese Ausstellung, die im Rahmen Hauptgruppen, deren erste den Namen trägt: „Das deutsche Volk in seiner Heimat“. Die einzelnen Ausstellungsabteilungen „Das städtische Jahr“ und „Landschaft und Bau“. Die zweite Hauptgruppe stellt in drei weiteren Abteilungen das Volkstum als Grundlage für Kunst, Handwerk und Industrie dar, während die dritte Hauptgruppe die Gemeinlichkeit und ihre Normen in

den Abteilungen „Von der Familie bis zum Staat“, „Das Leben im Beruf“, „Das Leben im Verein“ zeigt. Die vierte Hauptgruppe soll die Möglichkeit zur Behandlung von Sonderabteilungen bieten, zum Beispiel „Deutschtum im Ausland“, „Internationale Gruppen“, „Handel und Wandel“. Sämtliche Bauten der Ausstellung und sämtliche Veranstaltungen werden im Sinne des Hauptthemas gehalten sein. — Wahrscheinlich wird in dieser Ausstellung noch stärker der nationalistische Kurs des neudeutschen Imperialismus betont werden, als es dieses Jahr der Fall war. Die Kosten sollen auch hier die Steuerzahler tragen.

Die Büchlenammlung der Arbeiter-Samariter-Kolonie Dresden, E. V., hat den Ertrag von Dreitausendhundertvierundvierzig Mark 18 Pfennig erbracht. Weiter hat ein unbekannter Spender der Kolonie Eintausend Mark überwiesen. Den Spendern sei hierdurch herzlich gedankt.

Pfanddarlehen verlängern! Wie das Verhänd der Stadt Dresden mitteilt, sind die vom 16. November bis 31. Dezember 1926 aufgenommenen, im Februar und März 1927 fällig gewordenen Pfanddarlehen bis zum 4. Oktober 1927 zurückzahlen oder zu verlängern, andernfalls die Pfänder vom 17. Oktober 1927 ab veräußert werden.

Beseitigung der Ernterückstände. Jetzt nach der Ernte ist die Beseitigung der Ernterückstände vom Standpunkt des Pflanzenschutzes aus sehr wichtig. Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 19, eine Reihe von Flugblättern zum geringsten Einzelpreis von 10 Pf. abgibt, die über das Ziel und die zweckmäßigste Art der Durchführung zur Beseitigung der Ernterückstände Auskunft geben. Auf Wunsch werden Beschnitte aller Flugblätter kostenfrei zur Verfügung gestellt. — Die gleiche Stelle gibt eine Liste des deutschen Pflanzenschutzes heraus, auf der alle einwandfreien Pflanzmittel des Saatgutes verzeichnet sind. Damit die Saat gesund bleibt und nicht von Krankheiten, wie Schneeschimmel oder Brand, befallen wird, ist es notwendig, das Saatgetreide vor der Winterbestellung zu beizen.

Rundfunk

Mittwoch den 28. September:

- 15.00—15.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Prof. Dr. Amel und Oberstleutnant Westermann: Einheitskurzschrift für Anfänger.
- 16.30—17.05 Uhr: Aus dem Schachklub für die Jugend: Was wird ausgespielt? Von Großstadtkindern.
- 18.05—18.20 Uhr: Morsetexte.
- 18.20—18.30 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung.
- 18.30—18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studententriebe und Vektor Mann: Englisch für Anfänger.
- 19.00—19.30 Uhr: Vortragsreihe: Wanderungen durch unsere Heimat. 16. Vortrag: Hans Christoph Kaerger, Dresden: „Das Riesengebirge“.
- 19.30—20.00 Uhr: Dr. Felix Zimmermann, Dresden: „Ottomantenting“ (Zum 60. Geburtstag).
- 20.00 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 20.15 Uhr: Zeitgenössischer Dichterabend 1.
- 22.00 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22.15—24.00 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

WAB, Feggr, Dresden. Zur Vorbereitung für die große Dresdener Funtausstellung finden täglich im Basteihelm, Große Meißner Straße 8, 1. Stock, ab 15 Uhr Auskunfts- und Beratungsgespräche statt. Wir bitten unsere Mitglieder, die für die Ausstellung vorgesehenen Geräte in die Beratungsgespräche mitzubringen. Weiter Anmeldungsstermin ist der 15. Oktober 1927. Alle Funkfreunde, welche ihre Geräte noch nicht angemeldet haben, bitten wir, dies baldmöglichst zu tun. Freier Eintritt in die Ausstellung kann nur den Ausstellern gewährt werden. Infolge der Beratungsabende fallen alle Vorträge im Oktober aus. Funkfreunde, welche infolge Adressenwechsel noch nicht im Besitz des Rundschreibens sind, bitten wir, ihre Adresse der Geschäftsstelle mitzuteilen.

Mittwoch Stadtbelegierten-Konferenz

von Groß-Dresden. 19,30 Uhr im Körnergarten

Geschäftsinteresse kommt vor Unterdrücktenhilfe!

Ein charakteristischer Verleumdungs-Prozess in Pirna gegen die Arbeiterstimme. Trotz beiläufiger Zeugenaussagen wird der Redakteur verurteilt, weil Geschäft geschädigt!

Pirna. Am Sonnabend den 24. September fand vor dem Amtsgericht Pirna eine Verhandlung gegen unseren Schriftleiter Bruno Goldhammer statt, der angeklagt war, durch Veröffentlichung eines Artikels „Ein Verleumdungsparadies“ den Wärdener Arbeiter von der Kottwenderdorfer Straße und dessen Ehefrau beleidigt zu haben. In diesem Artikel wurde u. a. behauptet, die Verleumdung Weiners würden mit Schmutzarbeiten beauftragt und im unheizbaren Zimmer untergebracht. Schläge und Verleumdungen mühen sie über sich ergehen lassen. Einmal war besonders angeführt, wo die Frau Weinert einen „Kampfer“ geschlagen habe, weil er Sonntagabend „ohne besondere Erlaubnis“ ins Kino gegangen war, und daß Herr Weinert sich Wallentrauben als Verleumdungen hole, weil diese nichtstandlos sich mit den Verleumdungen abfinden müßten. Genosse Goldhammer legte zu Beginn der Verhandlung aus, weshalb die Gründe dar, die ihn zur Veröffentlichung veranlaßt hätten. Er sollte grundsätzlich die Frage der Verleumdungsgläubigen vom Standpunkt der Kommunisten aus und wies darauf hin, daß gerade deshalb, weil oft Erwähnung selbst aus Arbeiterkreisen den Jungarbeitern und Lehrlingen ohne jedes Verhältnisses für die Eigenart ihres Alters gegenüberstehen, die kommunistische Partei und deren Presse verpflichtet seien, in der Öffentlichkeit die Verleumdungen der jungen Proletarier zu verteidigen. Der Angeklagte, der hier öffentlich behandelt worden ist, sei jedoch für die Art der „Verleumdungsbelegungen“, besonders bei den Wärdenern überhaupt. Viele dieser kleinen Meister verließen im völligen Verneken der Ursachen, ihre durch die herrschende Diktatur des Großkapitals fast verdrängte wirtschaftliche Lage durch verfeinerte Ausbeutung der ihnen anvertrauten Verleumdung zu „verbessern“. Die Ideologie, die ihren Ausdruck findet in dem blöden Schlagwort: „Verleumdung ist keine Verleumdung“, muß von der Arbeiterstimme und ihren Organisationen bekämpft werden. Von diesem Schlagwort bis zu der Erklärung: „Ich habe diese Dinge geschrieben, warum soll der Bengel nicht auch diese schreiben?“, ist nur ein Schritt. Dieser Standpunkt wird hauptsächlich dann von Geisteskranken, die selbst durch die Prügel, die sie als Verleumdung erhalten haben, verblühter werden sind, und in der Welt der „Krautern“ eine ganze Generation prägelnder und geistlicher Handwerker herangezogen, die sich im Interesse der „Proletarier“ gegeneinander aufheben. Da in der Verleumdung dieser gefährlichen Erscheinungen oft unter dem Einfluß derselben Ideologie auch die Gewerkschaftsführungen verfallen, muß die Arbeiterstimme es sich zur Aufgabe machen, den doppelt unterdrückten Jungproletariern beizuhelfen und der Öffentlichkeit die Augen über das Falsche und Gefährliche dieser Verleumdung zu öffnen. Von dieser Voraussetzung ginge die Arbeiterstimme aus.

Herr Weinert gab zu, daß die Verleumdung ein Gefesse in einem Zimmer ohne Ofen und Licht schlofen, das sei aber auf Wunsch des Geisteskranken, der nicht im geheizten Zimmer schlafen könne (?). Die Verleumdung würden nicht, wie auch behauptet worden sei, auf einer Verleumdung, sondern in einem Bett auf einem Strohsack mit Decken schlafen. Er selbst habe nie geschlagen oder geschimpft. Wichtig sei, daß seine Frau „in der Erregung“ über das unerlaubte Fortgehen eines Verleumdung an einem Sonntag diesen gepöbel und „wahrheitsgemäß“ auch geschimpft habe. Ebenso sei richtig, daß der Geisteskranker „manchmal schimpfte und wohl auch manchmal geschlagen habe“.

Nach dieser sehr interessanten Erklärung, die bereits große Gegenstände enthält, wurde die Zeugenaussage des Verleumdung Weiners, der kommunistisch in Keppen vernommen und verurteilt worden war, verlesen. In dieser wurden im wesentlichen die Angaben des Artikels bestätigt. Außerdem wurde nach darin ausgelegt, daß

in der Kadstube des Herrn Weinert Wäsche gefodert und auch gebadet worden sei.

Herr Weinert widersprach dem. Der Junge Franzel, ein lehrjahrling Verleumdung, erklärte, ihm habe es gar nicht bei Herrn Weinert gefallen, deshalb habe er seine Eltern veranlaßt, ihn zu einem anderen Wärdner zu geben. Er betonte, daß die Wärdnerin Frau Weinert die Verleumdung sehr schlecht behandelt habe, sie hätten

von früh Neben bis abends acht Uhr arbeiten

mußen. Das Essen war weder gut noch reichlich gewesen, das Zimmer des Personalis war verunreinigt. Botengänge und andere Arbeiten, die nicht zum Wärdnerdienst gehören, habe er machen müssen. Einen Verleumdung, der aus dem Wärdnerhaus war, habe der Wärdner hier angefangen, und ihm bei irgendwelchen Differenzen mit Rücksicht in die Kasse gesteckt. Gebadet sei nicht im Hause worden.

wohl aber habe man sich im Badhaus gewaschen.

Interessant war noch die schließliche bestätigte Angabe, daß das ganze Frühstück meist in drei trockenen Semmeln und einem Topf schwarzen Kaffees bestanden habe. Der Junge Angermann, der jetzt Geisteskranker in Neundorf ist, brachte neue Bestätigungen. Harter Behandlung sei ihm vor allem in den Dingen von Sohn und der Frau Weinert zuleist geworden. Der Sohn habe sich manchmal so hochfahrend benommen, daß der Vater einschreiten mußte, um direkte Schlägereien zu verhindern. „Ausgang“ war für Verleumdung am Sonntag von Mittag bis abends acht Uhr, dann mühte wieder gearbeitet werden. Verleumdung hatte ihn persönlich nur der Sohn. Aber die Behandlung war im allgemeinen so hart.

daß sein damaliger Kollege oft gemeint habe.

Eine Anzahl Mitbewohner des Hauses bezogen nun ihre Einrede.

Junger Fischer hat gesehen, daß ein Verleumdung blutend aus der Kadstube kam, wo ihn der Geisteskranker geschlagen hatte. Junge Kern und seine Frau schüßern den Vorfall mit der Frau Weinert, wobei sie nachweisen, daß Frau Weinert den Verleumdung, ohne eine Rechtfertigung zu ermöglichen, so geschlagen hat, daß beide laut gegen die nächste Nachbarn der Wärdner protestiert haben. Dann erschienen die Gegenzeugen. Eine Frau Trommer erklärte, daß die Verleumdung es sehr gut gehabt hätten, wenn das „Gute“ bestand, wüßte sie nicht zu sagen. Der Sohn Weinert leugnete gänzlich alle Mißstände. Charakteristisch war die Aussage des Geisteskranken Schneiders, der behauptete, die Verleumdung „manchmal“ zu schlagen. Das sei selbstverständlich, er sei als Verleumdung auch geschlagen worden. Er gibt zu, daß der Sohn sich in der Kadstube gewaschen habe; die Verleumdung hätten dies nur im Badhaus getan. Der Geisteskranker Mittig liok nur so über vom Lob des Herrn Weinert. Er habe es sehr gut gehabt, stets habe er ausgeben können, nie Schläge erhalten; das Essen sei sehr gut gewesen. Auf Befragen erklärt er dabei, daß ihm zum Frühstück trockene Semmeln und schwarzer Kaffee vollkommen gelangt hätten. Als Genosse Goldhammer darauf ironisch fragte, ob er denn mit dem Zimmer ohne Heizung und Licht auch zufrieden gewesen wäre, sagte dieser gute Zeuge: „Selbstverständlich!“ Man ermittle nun, was seine Erklärung „er habe es sehr gut gehabt“, bedeutet! Sämtliche Zeugen wurden vorzeitig entlassen. Dr. Fuchs als Vertreter des Verleumdung verlangt die Verurteilung des Angeklagten wegen mehrfacher Verleumdung und sprach ihm den Schutz des Paragraphen der Wahrnehmung unrichtiger Tatsachen ab.

In eindringlicher Form wies der Rechtsanwalt des Gen. Goldhammer, Dr. Rolf Helm, nach, daß der Wahrheitsbeweis im wesentlichen erbracht worden ist. Er betonte besonders, daß gerade bei der grundsätzlichen Einleitung des Angeklagten unter Verleumdung des Verleumdungsgläubigen und der Erziehung überhaupt unbedingtes Recht der Wahrnehmung berechtigter Interessen eingeräumt werden müsse. Deshalb beantragte er Freispruch. Genosse Goldhammer unterließ sich nochmals die Bedeutung der

Zeugenaussagen, die klar genug die Berechtigung der Angriffe der Arbeiterstimme gegen die allgemeinen Anschauungen über die Frage der Verleumdung bezeugen haben.

Daraufhin zog sich der Amtsrichter, Dr. Fricke, zur grundsätzlichen Entscheidung zurück, da Genosse Goldhammer einen Vergleich abgelehnt hatte.

Geschäftsinteressen gehen vor!

Schließlich wurde folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte erhält wegen Verleumdung durch die Presse 200 RM Geldstrafe!

Dieses alle Anwesenenden, besonders die Zuhörer, einfach verblüffende Urteil begründete Herr Dr. Fricke damit, daß zwar erwiesen sei, daß die Verleumdung geschlagen worden seien, daß sie aber nicht Herr Weinert verantwortlich, der äußerst human mit den Verleumdungen umgehe. Erwiesen ist ferner, daß Frau Weinert den einen Verleumdung geschlagen habe, das sei aber nur ein vereinzelter Fall. Weiter sei nicht festzustellen gewesen, ob das Essen wirklich schlecht war. Außerdem sei die Behauptung Weinert habe sich Wallentrauben geholt, um sie besser ausbeuten zu können, nicht erwiesen. Zum Schluss aber entschloß sich der Herr Amtsrichter ein interessantes Schändnis, das ein helles Licht auf das Zustandekommen des Urteils wirft. Dr. Fricke erklärte, er sei zwar überzeugt,

daß der Angeklagte Goldhammer im guten Glauben gehandelt habe, Unterdrückten helfen zu müssen,

daß aber das Geschäft des Herrn Weinert sehr schwer durch die Angriffe geschädigt worden sei und daß deshalb die Geldstrafe in dieser Höhe ausgeworfen worden ist. Die anwesenden Bewohner der Kottwenderdorfer Straße, die die Verleumdung und die Kritik nicht nach den Paragraphen, sondern nach dem gesunden Rechtsempfinden des Volkes beurteilten, hätten damit eine dröhnende Reklame über den wahren Charakter bürgerlicher Justiz erhalten. Geschäftsinteressen müssen gelöst werden vor der Hilfe für Unterdrückte! Hier ist ein Kommentar überflüssig. Die Pirnaer Arbeiterstimme und alle Freunde einer menschenwürdigen und vernünftigen Erziehung aber müssen erkennen, daß ihre Forderung nur zerstört werden von der kommunistischen Partei, und daß ihre Kontrolle, ihr Schrei nach Hilfe trotz aller Jubiläumshymnen Gehör findet und weiter finden wird in ihrem Organ, der Arbeiterstimme!

Mögen sie daraus die Konsequenzen ziehen!

Aus Ostfachsen

Weitere Ausbreitung der spinalen Kinderlähmung in Ostfachsen

Freital. Hier sind zwei Fälle von spinaler Kinderlähmung vorgekommen, von denen einer tödlich verlaufen ist.

Frauen. Aus dem Landbesitz wurde ein Kind in das Raucher Sanatoriums eingeliefert, das an der spinalen Kinderlähmung schwer erkrankt war. In der Stadt selbst sind bis jetzt noch keine Erkrankungen zu verzeichnen.

Schland a. d. Spr. Die spinale Kinderlähmung ist nun auch in unserem Ort erstmalig aufgetreten. Von der Krankheit, die glücklicherweise in leichterer Form auftritt, wurden einige Kinder befallen.

Gegen den Reichsschulgesetzentwurf

Paula. In einer öffentlichen, von der Ortsgruppe Paula im Verband für Freizeitsport und Feuerbestattung e. V., St. St. Berlin, einberufenen Versammlung sprach Genosse Kurfürst, Dresden, über die Auswirkungen des von der Bürgerklub-Regierung vorgelegten Reichsschulgesetzentwurfes. An dem Vortrag schloß sich eine Aussprache im Sinne des Referates. Einstimmig wurde folgende Entschliessung angenommen:

Die öffentliche, von der Ortsgruppe Paula im Verband für Freizeitsport und Feuerbestattung einberufene Versammlung lehnt den Reichsschulgesetzentwurf entschieden ab, da er

die Bestimmungen der Reichsverfassung im Gegenteil verletzt.

die staatliche Schulhoheit aufgibt zugunsten der Kirche, Reich, Ländern und Gemeinden ungeheure Kosten aufbürdet,

leistungsfähige Volksschulen in leistungsschwache Zwergschulen zerlegt,

die Verschulung der Volksschule nach Befehlsbefehlen bringt und Unfrieden, Streit und Haß in jede Familie hineinträgt.

Mit allen Kräften muß verhindert werden, daß dieser Entwurf Gesetz wird.

Paula. Gemeindevorstandsvorstand. Nach Vortrag von 11

Wahlmännern wird den Beschlüssen des Bauausschusses beigestimmt. Das Gesetz der Deutschen Turnerschaft um Übernahme der Schulhausmeistergebühren auf die Gemeindefälle wird der Folge halber abgelehnt. Die Revisionsabteilung des Sächsischen Sparfassenverbandes hat im Juli 1927 eine unvermutete Revision aller Gemeindefälle vorgenommen. Der Bericht ergibt, daß die Geldbestände mit den Forderungen übereinstimmen und daß die personellen Erinnerungen und Beschlüsse nur organisatorischer und technischer Natur sind. Das Kollegium nimmt



Proletarische Unterhaltungsabende

Heute abend in Stadt Leipzig
Donnerstag den 29. September im Schulterhaus Cotta
Freitag den 30. September in der Reichscone Renzdorf.
Anfang 20 Uhr. Eintritt 40 Pf.

Der Schwindel von Konnersreuth

Arbeiterstimme — Pirnaer Anzeiger
Eine Gegenüberstellung.
(Arbeiterkorrespondenz)

Während die Arbeiterstimme aufklärende Berichte über den Betrug von Konnersreuth bringt, liest der Pirnaer Anzeiger am 23. September seinen Lesern geradezu ungläubige Dinge auf und bringt unter der Überschrift „Das Ritzexperiment in Konnersreuth. Auch hier steht die Wissenschaft vor Rätseln“, u. a. folgenden Ergüsse:

Während einer Freitagsfeier ließen die Professoren den Lichtstrahl mehrerer tausend (!) Kerzen auf das Gesicht der Theresie fallen, aber die Stigmatisierte reagierte nicht im geringsten. Plötzlich öffnete sie jedoch beide Augen, und das Licht fiel direkt auf die Pupille. Erst, nachdem die Theresie die Augen wieder geschlossen hatte, inhalieren sie das Licht aus. In der folgenden Episode fragte der Pfarrer die Kellnerin, ob sie nicht ein großes Licht gesehen hätte. „Nein“, sagte sie, „die Sonne scheint ja nicht mehr. Es ist ganz dunkel.“ Die Kellnerin hatte eben, wie der Pfarrer sagte, in der Episode die entsetzende Finsternis geliebt, die beim Sterben Christi eintrat ...

Wie geistesarm mögen diese Herren sein, die solches zu schreiben wagen, und zu einer Zeit, wo am 18. September bereits eine bürgerliche Zeitung schrieb: Die Kriminalpolizei ist bereit für alle Fälle und hält die Zeit für gekommen ...

Aus den Zeilen des Pirnaer Anzeigers sieht man, daß der Pfarrer die Kellnerin nicht verläßt, weil sonst die Sache lächerlich geht, und nur er kann Fragen stellen und bekommt Antwort. Die mehrmaligen Forderungen, die Kellnerin in ein Krankenhaus zwecks Beobachtung zu überführen, wurden strikte abgelehnt. Warum wohl? Weil da der Pfarrer die Kellnerin nicht begleiten und untersuchen kann! Dann wäre das Rätsel gelöst und der Schwindel zu Ende!
Der rote Scheinwerfer von Königstein.

Pirna. Kraftwagenunglück. In der Nacht zum Sonnabend rannte ein Mietauto, dessen vier Insassen und der Führer vorher gerettet hatten, gegen einen Lichtmast und wurde zerschmettert. Alle vier Personen erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen, zwei mußten nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Rad Schandau. Felsabsturz. Ueber dem Robert-Kraner-Steig bei Dittorobach lösten sich infolge der starken Regengüsse große Felsstücke, die ins Tal hürzten und am Eingang zum Ort die Straße zum Teil verschütteten.

hieron Kenntnis. Die kommunistische Partei stellt den Antrag, den hilfsbedürftigen Kreisen zur Beschaffung von Kartoffeln Weizen aus Gemeindefällen zu gewähren. Der Antrag wird dem Wohlfahrtsausschuß zur Vorberatung überwiesen. Grundätzlich soll jeder Hilfsbedürftige eine Ration in Höhe der im Vorjahre gemachten Unterstützung erhalten. Gemeindevorstandsvorstand Kähler regt die Umbenennung des Abweiges der Gartenstraße zwischen der Dorfstraße und der eigentlichen Gartenstraße an. Gleichzeitig bringt er mehrere Beschwerden über die Überfüllung der Arbeiterkammer vor und betont, daß die Beförderung in den Wagen 4. Klasse menschenunwürdig sei. Außerdem erweckt er den Eindruck, daß auf der Linie Königsdorf-Schmepnitz ausangelierte Wagen fahren.

Jischwitz. Morgen, Mittwoch den 28. September, 1930 Uhr, findet in der Turnhalle der Schule an der Aus eine von den Freizeitsport einberufene öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Lehrer Welle, Seidenau über das wichtige Thema „Zum Kampfe um das Reichsschulgesetz“ sprechen wird. Es wird erwartet, daß nicht nur alle fortschrittlichen Kreise, sondern alle Eltern und Erzieher aller Richtungen diese Versammlungen zahlreich besuchen. Die breite Öffentlichkeit muß unbedingt ausführlich darüber Aufklärung erhalten, welche furchtbare Gefahr dem gesamten deutschen und damit auch dem sächsischen Schulwesen durch die vom Zentrum und den deutschnationalen beabsichtigte Verfeinerung des Bildungswesens und durch die Verschulung der Volksschule in leistungsschwache Zwergschulen droht ganz zu schweigen von den gewaltigen finanziellen Verlusten, die der Reichsschulgesetzentwurf mit sich bringen muß. Eltern und Erzieher! Es geht um die Bildung und die Seele eurer Kinder! Darum veräume niemand, diese Versammlung zu besuchen!

Reinhardsdorf bei Freital. Tödlich verunglückt. Auf der Hauptstraße hürzte der Arbeiter Höhne von hier so unglücklich von seinem Fahrrad, daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er bald nach seiner Einlieferung seinen schweren Verletzungen erlag. Er hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Freital-Niederhäslich (Höllenschule). Dienstag, 27. September, 1930 Uhr, findet in der Schulturnhalle ein Elternabend statt. Lehrer Franke, Dresden, spricht über den Entwurf des Reichsschulgesetzes. Der Elternrat erwartet, daß alle Eltern und Erzieher heute abend erscheinen.

Ein Auto von einem Eisenbahnzuge überfahren.

Senftenberg. Am Sonnabend wurde auf einem bewachten Bahnübergang an der Strecke Lübbenau-Kamenz ein Personenauto der Ase-Bergbau-Gesellschaft von einem Güterzug überfahren. Der Fahrer des Autos, Regierungsrat Hartig aus Galau, wurde getötet. Der Wagenführer blieb unverletzt.

Wieder zwei Schandfeuer in der sächsischen Oberlausitz

Frauen. In Nabelwitz entfiel in der Nacht zum Sonnabend, vermutlich infolge Brandstiftung, auf dem Rittergute ein Schandfeuer, dem eine Scheune mit etwa 1000 Zentner unausgedroschenem Getreide zum Opfer fiel. Von den Häusern fehlt bisher noch jede Spur. — In Salzenforst brach am Freitag abend aus bisher noch unbekannter Ursache in der großen Scheune des Gutsbesizers Rölke Feuer aus, dem die ganze diesjährige Ernte sowie einige Maschinen und Ackergeräte zum Opfer fielen. Die herbeigeeilten Feuerwehren konnten nicht verhindern, daß die Flammen auch auf die benachbarte Scheune des Gutsbesizers Wurm übergriffen und auch diese mit den gesamten Erntegeräten in Asche legten. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

Von einem wütenden Bullen angegriffen

Frauen. Im hiesigen Krankenhaus starb der 68jährige Gutsbesitzer Wilhelm Stiebig aus dem benachbarten Diehmen, der bei dem Versuche, einen Bullen, der sich von der Kette losgerissen hatte, wieder einzufangen, von dem Tiere angenommen und schwer verletzt worden war.

Neugersdorf. (Werbung der Arbeiter-Speranto-Gruppe)

Donnerstag den 29. September, ab 19.30 Uhr, findet im Reif, Rühbaum eine öffentliche Werbeversammlung statt. Es spricht Gen. Scherbaum, Großhändler, über die Bedeutung von Esperanto für die Arbeiterstimme und unter Telegrafier, Gen. Gude, Schriftführer, gibt seinen Bericht vom 7. Esperanto-Weltkongress in Lyon (Frankreich). Gleichzeitig sei noch darauf hingewiesen, daß Freitag den 7. Oktober, ab 20 Uhr, der neue Konjunkturkursus in der Unteren Schule beginnt.

Arbeiterwort

Herbstwettbewerb des 4. Bezirkes in Bismarckwerda
Trotz schlechten Wetters beteiligten sich 250 Sportler an den Läufen. Die Leistungen sind in Anbetracht dessen als gut zu bewerten. Nach einem Stilschritt durch die Stadt wurden in der Kampfbahn gemeinsame gymnastische Übungen gezeigt. 18 Rastballmannschaften ergänzten das Programm. Dieäufe ergaben folgende Resultate: Mannschaftslauf: 1. Demin-Thumitz (3000 Meter 11,12 Min.), 10x300 Meter Mitgl.: 1. Ebersbach 7,20 Minuten, 5000 Meter Einzellauf: 1. Göbter (Kobewitz) 19,29.

Oberlausitz

Telefonzentrale, Betätigterfalter. Die Relativmeldung hat ab Sonntag den 2. Oktober von 18-11 Uhr zu erfolgen. Das ist genau zu beachten und die Zeit einzuhalten. Der Sonntag war an Ergebnissen arm wie kein anderer.

Löbau 1-Neugersdorf 1 6:2. Das schöne Spiel, das anfangs leichten Neugersdorf mit Eifer geleistet wurde, fand eine halbe Stunde vor Schluss einen bedauerlichen Abbruch, den das Verhalten der Neugersdorfer herbeiführte. Es trat nur mit 10 Mann an, und von diesen wurden drei vom Felde gewiesen, daher wegen Spielunfähigkeit Abbruch.

Hartau 1-Dobersbach 1:1. Auch hier ein Abbruch, zu dem sich der Schiedsrichter genötigt sah, 10 Minuten vor regulärem Schluss.

Obersdorf 1 behauptete sich mit einem knappen 2:1-Siege gegen Großheubertsdorf 1.

Löbau 2-Bautzen 2 6:3. Der Schiedsrichter sah sich infolge eintretenden gefährlichen Spiels gezwungen, drei Fouls vom Spiele zu weisen.

Löbau 1. Tag. -Vomste 1. Tag. 1:2.

H. B.

Motorrad-Fernfahrt Moskau-Warschau-Berlin-Weipzig-Offenbach a. M.-Paris und zurück (8000 Kilometer). Die Fahrt ist organisiert vom Hohen Rat für physische Kultur in Moskau. Es wurden sechs schwere Maschinen mit Beiwagen auf die Reise geschickt. Die 12 Mann starke Mannschaft ist zusammengesetzt aus Mitgliedern der Automobillubs von Peningrad, Moskau, Odesa, Wladi. In erster Linie ist die Fahrt eine sportliche Prüfung. In zweiter Linie hat sie den Zweck, Verbindungen zwischen den Organisationen der Arbeiter-Radfahrer und Arbeiter-Motorradfahrer der Sowjetunion und des Auslandes herzustellen. Drittens wollen sich die Teilnehmer an den Erfahrungen des Radports, Motorradports und Automobilsports in Westeuropa bereichern. Die russischen Fahrer besichtigten in Weipzig die 1926 fertiggestellte Bundesstraße des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Deutschlands und in Offenbach a. M. die Fahrschulzentren des Deutschen Arbeiter-Radfahrer-Bundes. Erstaunt und mit Freude nahmen sie Kenntnis von den gewaltigen Werken, die von deutschen Arbeiter-Sportlern aus eigener Kraft geschaffen wurden.

Touristenverein Die Naturfreunde, Ortsgruppe Dresden. Nächste 29. Sept. Adamsbach im Epiblaston. 1. Okt. Touristen-Touristen. Winterparade: 30. Sept. Besuch des Planetariums. 18.45 Uhr Eingang. Photoaktion: 30. Sept. Die Bedienung des Projektionsapparates. Gen. Kruse und Köhlich. Wasserwanderer: 26. Sept. Lieberabend. Jugendabteilung: 27. September Meine Harzreise mit Lichtbildern. Gen. Ruffel. Plauenischer Grund: 26. September Bew.-Sitzung 20 Uhr 30. 28. Sept. Kelchabend. Gen. Heilbut 20 Uhr 30. Jugendabtl.: 27. Sept. Wandern und Schauen. Gen. Frische. Bannweih und Umg.: 28. Sept. Bew.-Sitzung 20 Uhr beim Gen. Folge. Briesen: 28. Sept. Vortrag: „Der Schand.“ Gen. Kirchhoff. Helletau: 27. Sept. Vortrag. Völkertochter: 27. Sept. Zusammenkunft. 30. Sept. Verwaltungssitzung. Schmeideberg: Verwaltungssitzung in der Hütte. 19 Uhr 30. Freiberg: 30. Sept. Unterhaltungsabend.

Freie Turnerschaft Heidenau. Dienstag den 27. September haben sich die Mitglieder aller Abteilungen 19 Uhr in der Turnhalle zum Leben von Gruppenstellungen für Donnerstag einzufinden. - Freitag den 30. Sept. nach dem Training Sportauschusssitzung.

Turnspiele, 2. Bezirk. Der Spieltag für die Altersmannschaften findet bestimmt am 2. Oktober statt. Beginn 8.30 Uhr. Der Spielgegner und die Spielzeiten werden noch bekanntgegeben.

Berein für Volkshilfe. 29. Oktober Vortrag von Biederstedt: Der kommende Weltkrieg, 20 Uhr. Marienstr. 17, 1. Et.

Das Grundwissen eines Jungkommunisten

was jeder KZ- und Kote-Jungfront-Genosse haben und lesen muß, Verfassungen, erster und zweiter Band, zusammen nur 2,20 M. Zu bestellen bei dem Literaturohmann der KZ im Parteibureau, Columbusstraße 9, part.

Berichtungs-Kalender

Kommunistische Partei

Wittwoch den 24. September:
Neugersdorf, Öffentliche Mitgliederversammlung in Stadt Pitzna, 19.30 Uhr.

Kommunistischer Jugendverband

Wittwoch den 24. September:
Südwest, Alle Funktionäre 19 Uhr bei Sch.

Johannstadt, Gruppenabend bei Trommhof, Gerofstraße 7. Anfang pünktlich 19.30 Uhr.

Strießen, Gruppenabend in der Altenberger Klaus, Altenberger Straße, 19.30 Uhr. Thema: Die gemeinsamen Aufgaben der KZ und KJ.

Freital, Gruppenabend im Kinderheim der JKD. Thema: Ausland von 1917 bis 1927.

Jung-Spartakus-Bund

Wittwoch den 24. September:
Strießen, Wir treffen uns pünktlich um 17 Uhr am Barbaraplatz zur Teilnahme an dem Johannstädter Gruppenabend. Instrumente und Lieberbücher mitbringen.

Roter Frontkämpferbund

Achtung! Sprechstunden im Gau-Bureau finden nur noch Montag und Freitag statt. Für Kassenangelegenheiten nur **Wittwochs** von 17 bis 19 Uhr. Ortsgruppen u. Abteilungen, die außer der Zeit kommen, werden nicht abgefragt.

Achtung, Kasse! Die „Roten Führer“ müssen in Zukunft sofort bezahlt werden.

Dienstag den 27. September:
Groß-Dresden, Abteilungsleiterführung fällt aus. Abteilungsleiterführung der 1. und 8. Abteilung, sowie die Funktionäre der 1. Abteilung, 4. Zug, haben 19 Uhr im Gau-Bureau zu erscheinen. **Gauführung.**

Wittwoch den 28. September:
Lambourgen Groß-Dresden, Versammlung 19.30 Uhr im Bürgergarten. Sämtliche Instrumente und Karten sind mitzubringen. Richterzeichen bedeutet Ausschluß.

Abteilung 6, 19.30 Uhr Vollerklärung im Restaurant Sportplatz, Pflanzengasse. KZB sowie Jungfront haben zu erscheinen. Wichtige Tagesordnung. Referent anwesend. Wahl der Jungführer.

Abteilung 8, 20 Uhr Funktionärführung Bad Erloluna. Kapelle Neustadt, 19.30 Uhr Übungsabend im Pilsener Vereinshaus. Fahrgeld mitbringen für Meißel!

Ortsgruppe Zschadowitz, 19.30 Uhr KZB und KJ gemeinsame Versammlung im Stammlokal. Gäste willkommen.

Königsstein, 19.30 Uhr Versammlung im Albert.

Donnerstag den 29. September:
Ortsgruppe Königsbrunn, 20 Uhr Mitgliederversammlung im Heinrichsbad. Kamerad von der Gauführung anwesend. Alles hat zu erscheinen. Sympathisierende sind mitzubringen.

Kote Jungfront

Dienstag den 27. September:
Abteilung 4, 20 Uhr Mitgliederversammlung im Rest. Berger, Ecke Pilsener- und Friedrich-Neuer-Straße. Neuwahl.

Wittwoch den 28. September:
Abt. 2, Vollmitgliederversammlung im KZB-Heim 19.30 Uhr.

Kote Hilfe

Wittwoch den 28. September:
Freital, Mitgliederversammlung 19.30 Uhr im Kinderheim der JKD, Leisnig.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. B.

Donnerstag den 29. September:
Briesen, Pentewitz, Omlentz, 19.30 Uhr wichtige Versammlung in der Weilmühle. Lehrer Marx spricht über den Reichsschulgesehenswurf.

Ortsgruppe Freital und Umgebung, 19.30 Uhr im Gasthaus Stadt Dresden in beiden Vereinszimmern Quartalsversammlung mit Geschäfts- und Kassenbericht. U. a. wird Genosse Dörich, Vorsitzender des Bezirkes Ostschlesien einen Vortrag halten: „Der Reichsschulgesehenswurf und wir Freidenker.“

Gemeinschaft proletarischer Freidenker

Dienstag den 27. September:
Brand-Erbisdorf, 20 Uhr öffentliche Versammlung in Hotel Stadt Dresden. Tagesordnung: „Vom Weltgeistlichen zum Freidenker.“ Referent: Papert.

Erwerbslosenrat Dr. Neustadt-Ost, Wittwoch den 28. September, 14 Uhr, wichtige Sitzung in der Wachtelhäute, Dachsstraße 32.



RUMBO-SEIFENWERKE
GEBR. RUMBERG
FREITAL-1

Ordnen
Bismarckwerda
Delora von Hoff
Ewald
Pirna, Gasse 12, 12

Monats-Garderobe
kaufen Sie gut und billig in
Pirna

Niedere Burgstraße
Ecke Lange Straße
2 Minuten v. Markt

Alle Lebensmittel billig
Wilm Baegge
PIRNA

Berufs-Kleidung

Schlosserröcke
Drauerblusen
Mäntel
Schneiderei
Materien

Berufsmäntel
Blau, braun und rot.

Arbeitskleidung
lebet gut

Dreite äußert billig bei

Ernst Klaar

Lilienstraße 23
alte Zehnhäuser
(Nähe Ostbahnhof)

Damen

ausp. Spinnapparate,
Spülkänen, Leibbin-
den, Schilke
samt. hyz. Präparat

R. Freisleben

Postplatz

Man achte auf Firma!

ANZEIGEN

haben den denkbar

besten Erfolg in der

ARBEITERSTIMME

Ernst Bäckofen
Buchdruckerei / Buchbinderei
Neusalza-Spremberg

Bäckerei Babelt
Schandauer Str. 79 / empfiehlt
frische Backwaren
Kaffee

Reinhold Lorenz
Tharandt
Täglich frische Milch, Butter, Käse, Eier

Vorzugs-Angebot!

Holstein. Blockwurst I
Pfund 1.72 RM.



Holst. Zerkelatwurst I
Pfund 1.72 RM.

Konsumverein Vorwärts

Abgabe nur an Mitglieder - Mitglied kann jeder werden - Einschreibgebühr 50 Pf.

DRESDEN-PIESCHEN

Kolonialwaren Lebensmittel
R. Grundherr
 Rehefelder Str. 5
 28943

Optiker Winkler
 Leipziger Str. 22
 Kassentelefonant
 28110

Decken Sie Ihren Bedarf an Tabakwaren beim Tabakfachmann im Familien am Sportplatz, Dresden-Neustadt.
Oskar Schneider!
 Leipziger Straße
 28111

Kolonialwaren
A. Großmann
 Mollkestraße 46
 28973

Kolonialwaren Fleisch- und Wurstwaren
Bruno Frenzel
 Torgauer Str. 34
 led. Montag-Sonntag
 28975

Ida, veran. Reinig
 Produktengeschäft
 Rehefelder Str. 34
 28210

Bäckerei Otto Marx
 Oschatzer Str. 30
 28977

Zwieback-Reuther
 Torgauer Str. 29
 28976

Fahrräder
Hans Weigelt
 Leipziger Str. 54
 Reparatur-Werkstatt
 28978

L. Böllinger Stahlwaren
 sowie sämtliche Schleifarbeiten
OTTO KOCH
 Leipziger Straße 78
 28979

Pleschner Vereinshaus
 Inh. Th. Hollmann
 Mohrstr. 1, Ecke Torgauer Str.
 Verkehrslokal der Partei u. des RPB
 28979

Tribotages-Maschinen, Strumpf- und Karawaren
M. GÜTER, Leipziger Straße 48
 28978

Al. Kanger, Torgauer Straße 30
 Sitten & 12, 13
 Herren- u. Knabenkonfektion; Schuhwaren
 28956

Fier, Butter, Rufe, Milch
Schweders Nachf., W. Matkischka
 Oschatzer Straße 21
 28957

Walter Kröber, Rüschnermesser
 Leipziger Straße 86 und 87
 Pelzwaren, Hüte, Mützen, Herrenartikel
 28950

Schuhwarenhaus Hermann Noack
 Leipziger Straße 88
 Maß- und Reparaturwerkstatt
 28921

Milchener Lad- u. Farbenzentrale
 Leipziger Straße 170 (Mollke Platz)
 Farben / Lacke / Blauel
 28921

Hauschl. Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Golitz, Fleischermeister
 Bürgerstraße 44
 28926

Paul Härtel, Oschatzer Str. 25
 Lederhandlung
 Schuhmacherbedarfsartikel
 28926

Fabrikation feiner Fleisch- u. Wurstwaren mit Motorbetrieb, Eigene Kälteanlage im Hause
Curt Hofmann, Fleischermeister
 Farnstr. 55/53
 Torgauer Straße 24
 28922

Kolonialwaren, Spirituosen
Brießbach Nachf., Inh. Ernst Habekost
 Leipziger Straße 101 — 4 Prozent Rabatt
 28972

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Albert Sondheim
 Leipziger Straße 120
 28945

Emil Martin
 28954

DRESDEN-NEUSTADT

Metropol-Theater
 Windmühlenstraße 5b
 Programmwechsel
 28940

Max Blachstein
 Alaunstraße 1
 am Albertplatz

Kurt Lehmann
 Fritz-Reuter-Ecke Hauptstr. 1
 Oberlausitzer
 Wäsche- und
 Modenhaus
 28951

LEBENSMITTEL

Richard Oestreich
 Hechtstraße 66
 28975

Martha Haufe
 Hechtstraße 72
 28977

A. Pötzsch
 Oppellstraße 48
 28958

Otto Siefert
 Oppellstraße 17
 28967

H. Sohermer, Spirituosen
 Hechtstraße 38
 28961

Hugo Wolf
 Hechtstraße 10
 28950

Arthur Geißler
 Hechtstraße 18
 28949

FLEISCHER

Oskar Pröttsch
 Kleberstraße 18
 28978

ALFRED STEGLICH
 Oppellstraße 11
 28956

FLEISCHER

Max Geißler
 Windmühlenstraße 6
 28953

Alwin Steglich
 Hechtstraße 68
 28948

Karl Thomas
 Erlenstr. 8, Ecke Hechtstr.
 28947

Bernhard Hübler
 Hechtstraße 80
 28948

BACKER

WILLI TANNER
 Oppellstraße 31
 28976

Otto Schwelgert
 Hechtstraße 74
 28945

ARNO EINERT
 Hechtstraße 8
 28944

Johann Tharank
 Windmühlenstraße 4b
 Schuhwaren und
 Reparaturen
 28954

**Kleidermäntel
 Blusen
 Röcke
 Bettwäsche
 Leibwäsche
 Haushaltwäsche
 Inlette
 Strümpfe
 Trikotlagen
 Schürzen
 Baumwollwaren**

**Preiswürdigkeit!
 Gute Auswahl!**

**Ernt
 Gabeln**

Kaufhaus Julius Caspar
 Dresden-Neustadt, Hechtstraße 14
 Nur Qualitätswaren — Große Auswahl
 Äußerste Preise
 28476

DRESDEN-PIESCHEN

Lebensmittelhaus WILLY STARKE
 Leisniger Platz — 6 Prozent Rabatt
 28979

Spezial-Bäckerei Otto Borgmann
 Mollkestr. 53
 28978

Hanigutchenbäckerei Ernst Schäfer
 Rehefelder Straße 72, empfiehlt sich zu Lieferungen für Vereinsfestlichkeiten
 28980

Hirsch-Drogerie
 Arno Oppelt, Torgauer Straße 58
 Sämereien, Vierkornweizen, Fein-, Photo-Artikel
 28974

Eisenwaren, Werkzeuge Haus- und Küchengeräte
Gebr. Streubel, Konkordienstraße 52
 28968

Wahlstation feiner Fleisch- und Wurstwaren mit Motorbetrieb
Paul Nicolans, Konkordienstr. 27
 28947

Gustav Haase, Bürgerstraße 39
 Filiale: Mohrstraße 18 — Telefon 50 997
 Kolonialwaren, Konserven
 4 Prozent Rabatt
 28946

Schuhwarenhaus Joseph Kleine
 Konkordienstr. 52, Ecke Torgauer Str.
 28954

Holz, Kohlen, Briketts
Hermann Schubert
 Alt-Pieschen 4
 28961

Alfred Bienert, Leipziger Str. 10
 Zigarrenfabrik
 Direkter Verkauf an Verbraucher
 28107

Damen-Griffieralon Nau
 Leipziger Straße 53
 Zubehörfabrik und -pflege
 28108

Arbeiter-Photographen, auch einen Arbeit in Privatkleidern
Ellen-Drogerie, Leipziger Straße 22
 28110

Optiker Bräuer
 Stantensoffenlieferant
 Konkordienstraße 28
 28965

Schokoladen Konfitüren
H. Marschan
 Leipziger Str. 140
 28941

Ernst Liebold
 Roßschlächterei
 Oschatzer Straße 54
 28956

Fr. Fanger
 Dresden II,
 Oschatzer Str. 15
 28972

Restaurant Paul Richter
 Alt-Pieschen 13
 28962

Reiter u. Post- schneide - Salon
Eduard Orange
 Konkordienstraße 31
 28948

Fahrräder Reparaturen
Adolf Heister
 Bürgerstraße 42
 28979

Akkumulatoren
Luscher
 Oschatzer Str. 17
 28977

Kolonialwaren Lebensmittel Milch
Alma verwa. Mügel
 Konkordienstr. 39
 28959

Kolonialwaren Grünwaren
L. Mathes
 Torgauer Str. 40
 28954

Restaurant „Bürgerhof“
 Bürgerstraße 29
 Verkehrslokal der Partei und des RPB
 28975

KOTZSCHENBRODA

„Braustübel“
 Dahnhotel, Beliebte Einkehrsstätte
 28989

CARL PITTUS, Dahnhofstraße 11
 Hoch-, Papier-, Leder- und Spielwarenhandlung
 28970

L. Rönisch Nachf., Vorwerkstraße 9
 Lebensmittelhaus
 Erstklassig! Preiswert!
 28971

Paul Naumann
 Papier- und Schulbuchhandlung
 Gartenstr. 15, gegenüb. der Schule, Fernspr. 846
 28972

Haarformer Großhans
 Damen- u. Herrenfrisiersalon, Meißner Str. 48
 78921

Kurbelstickerie und Plissépresserei
 Helene Jacobs, Dresden-A., Steinstr. 6, Erdg.
 28928

Fritz Neugebauer Nachf., Lange Str. 3
 Preiswerte Schuhwaren aller Art
 28988

R. SCHREYER, Meißner Straße 48
 Uhren — Reparaturen
 28987

M. Müller, Gartenstraße 10a
 Kurz-, Weiß- u. Wollwaren / 5% Rabatt
 Anfertigung von Kleidern u. Wäsche
 28984

Wasch- und Pflanzstalt
 Ernst Schöna, Kottitzer Str. 37, Telefon 970
 28985

Paul Lindner Grad-
 stieg 1
 Herrenmaßschneiderei
 28984

Q. Seitz, Gradstieg 1a (nahe der Schule)
 Kurz-, Weiß- und Wollwaren
 Arbeiteranzüge / 5% Rabatt
 28986

P. Förster, Gradstieg 1b, Spezialhandlung
 Meister Holsteiner und Dänischer Tafelbutter
 28982

R. Weisgerber, Vorwerkstr. 12 / Geg. 1883
 Solider Stahlwaren, Schleiferei und Reparatur
 28981

Max Chmel, Ottostraße 1
 Buchbinderie und Papierhandlung
 28980

W. Gräbel, Hauptstraße 48
 Futtermittel, Getreide, Samen
 Holz und Kohlen / Tel. 380
 28958

E. Rentsch
 Obst, Gemüse, Hechtstr. 18
 28981

Restaurant „Elbflorenz“
 Verkehrslokal der organisierten Arbeiter
 Pl. Wiederandere, Rajenstraße 19
 28987

Schubert & Sachse
 Flaschen und Syphon-Biere
 Förstereistr. 13, Telefon 50135
 28980

„Kronen“
 Gr. Dampf-, Holz- u. chem. Wäscherei
Dettmeyer, Simon & Co.
 Förstereistr. 13, Ruf 31 916
 Wäscherei, Gardinenbühnen, Abputz
 Dampfer, Reinigen u. Bügeln der gefärbt.
 Herren- und Damen-Wardrobe
 28989

KOTZSCHENBRODA

Willy Tronleke, Hauptstr. 1
 Friseurarbeiten für Damen und Herren
 28989

Karl Kramer, Neue Straße 4
 Leistungsfähiger Schuhmacherbetrieb
 28987

Hugo Schiefner, Neue Straße 3
 No. Fleischwaren u. Wurstwaren
 Begründet 1870 — Ruf 67
 28986

Hermann Uebicht, Bahnhofstraße 5
 Feine Fleisch- und Wurstwaren
 28985

Buch-, Papier- u. Halanterwaren-Handlung
Georg Forbriger, Bahnhofstraße 14
 28984

H. Schackert, Bahnhofstraße 8a
 Linoleum, Wachssteine, Tapeten
 28983

SCHUMHAUS TITTMANN
 Bahnhofstr. 8a, Neulle u. billige Hauswaren
 28981

KLOTZSCHE HELLERAU

Holz, Kohlen, Koks und Briketts
Emil Philipp
 Königsbrücker Straße 8a
 78974

Achtung! Genossen!
 Strohballen, Weine, Spirituosen, Bier
 Weintrauben, Zedern- und Rosenholz
 28973

WEISS & LEDERER
 Herren- und Knaben-Konfektion, Schuhwaren,
 Herren-Artikel
 28477, Bischofsplatz 6

Kolonialwaren
Albert Wulensch, Hechtstraße 54
 28988

Papier- u. Spielwaren-Handlung
Kurt Wülfelmann, Zepfstraße 33
 28985

Bruno Gerstenberger
 Hochschiff feiner Ledermwaren,
 Koffer, Berufs- und Damentaschen
 Gütere Bekleidung
 Fritz-Reuter-Straße 31, Hechtstraße 10
 28982

Friseur-Salon Max Schneider
 Windmühlenstraße 13, Einzug Hechtstraße
 28988

Zoologische Handlung, Elia Noss, Hechtstr. 13
 Jagd- u. Fischfutter, div. Urtiere
 Eigene
 Karyologischer
 28982

COSWIG

Rudolph Koch, Wellingstr. 1
 Buchbinderie und Papierhandlung
 28983

Walter Koch, Bamberg, Ecke Lindenstraße
 Schuhmacher und Lager feiner Schuhwaren
 28984

OTTENDORF-OKRILLA

Broi-, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Logk, Radeberger Straße 33
 28987

Fleisch- u. Wurstwaren
Oskar John
 Radeberger Straße 78
 28986

**Rur dem Geschäftsmann unter Geld,
 der es mit unsrer Zeitung hält!**

HELLERAU RAHNITZ

Lindengarten
 Edel-Linse 7, Auch Tausende im Preis
 Sonntags die feine Ballmusik
 28981

KLOTZSCHE

Max Lotzmann
 II. Fleisch- und Wurstwaren
 Hechtstraße 1
 28985

RADEBEUL

V. Dolzewski, feine Maßschneiderei
 Lager moderner Stoffe, Bahnhofsstraße 26
 28440

Bäckerei, Konditorei u. Café Richard
 Ecke Bahnhof- und Poststraße
 28440

Autoböhm
 28447

Spezialgeschäft für Lederwaren
Max Bohmann, Bahnhofsstraße 25
 28445

Alfred Richter, Photograph
 Bahnhofstraße 25
 28440

Arthur Gneuß, Bahnhofstraße 99
 Weine, Spirituosen, Delikatessen
 28450

Max Lampe, Bahnhofstraße 9
 Buch- und Musikalienhandlung
 Papier- und Musikwaren
 28470

Max Wähnert
 (vorm. Franz Roth)
 Sidonienstraße 2
**Möbeltransport, Spedition
 Kohlen**
 28472

Magd. Reineck, Sidonienstraße 3
 Haarpflege-Institut, Parfümerie
 28453

Albert Klunker, Drogerie
 Sidonienstraße 1 (am Bahnhof)
 28454

J. Diederichs, Sidonienstraße 1
 Zigarren-Spezial-Geschäft
 28458

Bernhard Bieber, Lutherstraße 1
 Haus-, Küchengeräte u. Spielwaren
 28456

Richard Weisling, Leipziger Straße 84
 Tischler- und Polstermöbel
 28457

Lina Hoffmann, Bahnhofstraße 4
 Lebensmittel und Grünwaren
 28980

Kurt Hocke, Bahnhofstr. 21
 Fachgeschäft
 f. Solinger Stahlwaren, Schleiferei
 28979

NEUSORNEWITZ I. S.

Herm. Huhle, Förstereistraße 10
 Molkerei, Landesprodukte
 28981

Konzert- und Ballhaus Deutsche Reichskrone
 Bischofsweg 9
 28478

Richard Weinhold
 feine Fleisch- u. Wurstwaren
 Kirchhofstraße 39
 28476

Friedrich Witzschel
 Feine Fleisch- und Wurstwaren
 Rahnitzgasse 3
 28469

Restaurant Louis Berger
 Verkehrslokal der freigeschulten Arbeiter
 Fritz-Reuter-Straße 11
 28464

KADITZ-UBIGAU

Restaurant „Zur Schilfwerth“
 Emilie berto, Kohle, Solanderstraße 6
 28440

Franz Haaf, Kolonialwaren
 Solanderstraße 4
 28441

Wert-Drogerie
R. Eichler, Inh.: K. Tamme
 Emsenstraße 2
 28442

UEBAU
GASTHOF UEBIGAU
 Konzert-, Ball- und Gartenabstimmung
 Jeden Freitag und Sonntag der große Ball
 Sonntag von 4 Uhr ab Gartenkonzert
 Angenehmer Familienverkehr, schattiger
 Garten, Dresden herrliche Bibliothek
Reinh. Barth u. Frau
 28443

Restaurant „Zur Kette“
Paul Braun, Rethelstraße 20
 28444

WEINBOHLA

Schuh-, Manufaktur-, Weiß- u. Weißwaren
Otto Zeugfang, Dresdener Str. 58
 28000

August Reinhold / Herren-Artikel
 Trikotlagen / Woll-Strumpfwaren / Wäsche
 28989

Damenhüte, Herren- u. Damen-Wäsche, Strümpfe
 u. Handtaschen **M. Lüffler**, Bahnhofsstraße 9
 28988